

Volt

Frankfurt

Zukunft Made in Europe.

WAHLPROGRAMM

Kommunalwahl 2021

Vorwort

Volt Europa wurde als Partei und Bewegung in ganz Europa gegründet. Wir erkennen anhand großer und grenzüberschreitender Herausforderungen, wie dringend es ist, dass Nationen gemeinsam handeln. In Zeiten, in denen weltweit populistische Kräfte erstarken und vielerorts ein Trend zur Isolation statt zur Kooperation besteht, setzt sich Volt für eine konstruktive und progressive Politik ein. Wir sind **proeuropäisch**, weil wir die Vorteile, die Notwendigkeit und die großen Errungenschaften grenzüberschreitender Zusammenarbeit erkennen; wir ignorieren jedoch nicht, wie wichtig es ist, die EU in ihrer jetzigen Form zu reformieren und handlungsfähiger zu machen. Deshalb treten wir in ganz Europa für einen **starken europäischen Zusammenhalt** ein und streben eine langfristige **Reform der EU** hin zu einem vereinten Europa an. Um zu diesem langfristigen Ziel zu gelangen, arbeiten wir mit Freiwilligen aus ganz Europa an Ideen für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft. Nur gemeinsam und auf allen politischen Ebenen kann es und gelingen, nationale Egoismen und nationalistische Bestrebungen zu überwinden.

Volt Europa ist damit die erste **paneuropäische Partei**. Wir sind in allen Ländern Europas aktiv und verfolgen überall dieselben Ziele mit demselben Programm. Seit 2019 sind wir zudem im Europäischen Parlament vertreten. Unser nationaler Ableger Volt Deutschland wurde im März 2018 gegründet. Im August 2020 folgte die Gründung des hessischen Landesverbandes, zu dem unsere seit 2018 aktive lokale Organisation Volt Frankfurt gehört. Für die Kommunalwahl 2021 haben wir festgestellt: In ganz Europa bestehen bereits Lösungen für Probleme, die uns auch in Frankfurt beschäftigen. Daher müssen wir „das Rad nicht neu erfinden“, sondern können bereits erfolgreiche **Best Practices** adaptieren: Dies sind bereits bewährte Methoden und Lösungsansätze für politische und gesellschaftliche Probleme. Es lohnt sich daher insbesondere auch bei lokalen Belangen, den Weitblick über regionale und nationale Grenzen hinaus nicht zu vernachlässigen. Als paneuropäische Organisation haben wir hierbei den großen Vorteil, auf ein **internationales Netzwerk** zurückgreifen zu können und regelmäßig mit Menschen aus ganz Europa im Austausch zu stehen.

Volt steht in Europa und in Frankfurt für eine lösungsorientierte und faktenbasierte sowie eine pragmatische und zukunftsgerichtete Politik. Wir begreifen uns als Teil einer europäischen Gemeinschaft, die auf der Basis der gemeinsamen Werte **Freiheit, Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde, Solidarität und Nachhaltigkeit** an einer lebenswerten Zukunft arbeitet. Wir werden die Politik in Frankfurt europäischer gestalten und generell die Art und Weise, wie Politik gemacht wird, neu denken und weiterentwickeln. Einer unserer zentralen Ansätze ist es, alle politischen Forderungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse aufzubauen und uns im Vorfeld mit **Expert*innen** auszutauschen. Außerdem haben wir in Frankfurt mit unserer **Listening Tour** die lokalen Belange der Menschen vor Ort in unser Wahlprogramm mit einfließen lassen. Die Listening Tour ist ein Konzept von Volt Europa, das es uns ermöglicht, den Menschen aller Gesellschaftsgruppen eine Stimme zu geben und zu erfahren, welche Themen sie bewegen.



Inhalt

Europastadt Frankfurt6

1. Arbeit und Einfluss der Europäischen Union

sichtbar machen 6

1.1 Jährlicher Europabericht 7

1.2 European & International Report 7

2. Events und Feste im Geiste der

europäischen Integration..... 7

2.1 Jährlicher Europa-Tag 8

3. Europäische Bürger*inneninitiative stärken .. 8

3.1 Free-Interrail für Frankfurt 8

Frankfurt in der Klimakrise 10

1. Frankfurt zur Klimaoase machen 10

1.1 Rooftop Gardening..... 12

1.2 Aufforstung der Stadt 12

1.3 Betonflächen neu denken	13
2. Nachhaltiges Wirtschaften	13
2.1 Nachhaltiges Gewerbegebiet	15
2.2 Frankfurter Flughafen	15
2.3 Kreislaufwirtschaft.....	16
2.4 Nachhaltige Landwirtschaft.....	16
3. Umweltbewusstsein	17
3.1 Umweltbildung	17
3.2 Klimanotstand	17
3.3 Klimaschutzstiftung von Frankfurter*innen für Frankfurt.....	18
4. Eine saubere Stadt	18
4.1 Lichtverschmutzung reduzieren.....	19
5. Energiewende.....	19
5.1 Solaranlagen auf Frankfurts Dächern und Balkonen	20

Mobilität der Zukunft..... 22

1. Ausbau des Radverkehrs.....	22
2. Zukünftige Rolle von Autos in der Stadt	23
2.1 Nachhaltiger und gerechter mit der City-Maut.....	23
2.2 Autofreie Zonen für ein lebenswertes Frankfurt.....	25
2.3 Mobilität fairer gestalten	25
3. ÖPNV für alle.....	26
3.1 Günstigere Tickets für unsere Region.....	26
3.2 Elektrobusse und Modernisierung	26
3.3 Ausbau des ÖPNV-Netzes	27
4. Offen für neue Formen der Mobilität	27

4.1 Sharing-Angebote	28
4.2 Mobilitäts-App	28
4.3 Sharing Economy für Park & Ride	28

Wohnen und Leben in Frankfurt ..31

1. Bezahlbarer Wohnraum für Frankfurt	31
1.1 Kommunale Anleihen zur Finanzierung städtischen Neubaus	31
1.2 Sozialen Wohnungsbau fördern	32
1.3 Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern	32
1.4 Schaffung von neuem Wohnraum durch schonende Nachverdichtung der Stadt.....	33
2. In Würde leben	33
2.1 Housing First.....	33
2.2 Frankfurt – ein sicherer Hafen	34
3. EU-Welcome-Desk	35
3.1 Buddy-System.....	35

Digitalisierung, Wirtschaft und Finanzen37

1. Digitale Stadtverwaltung.....	37
1.1 Barrierefreiheit, Transparenz und Sicherheit	38
2. Smart City	38
3. Wirtschaftsförderung.....	39
3.1 Standort Frankfurt	41
3.2 Kleines Frankfurt	41
3.3 Nachhaltiges Frankfurt	42
3.4 Internationales Frankfurt	42
4. Finanzen.....	43

Bürger*innenbeteiligung	46
1. Demokratie-App	46
2. Jugendparlament.....	47
3. Transparenz in der Kommunalpolitik	47
4. Demokratie erleben können	47
5. FFM-O-Mat.....	48
Empowerment	50
1. Antirassismus	50
1.1. Unabhängige Meldestelle für die Stadtpolizei	52
1.2. Starke Zivilgesellschaft.....	53
1.3. Fazit Antirassismus.....	53
2. Antidiskriminierung.....	54
3. Postkolonialismus.....	54
4. Drogenpolitik.....	55
Kultur	58
1. Städtische Bühnen im Herzen der Stadt.....	58
2. Infrastruktur für Kunst und Kultur.....	58
3. Die Förderung des Kulturaustausches in Europa	59
4. Covid-19-Hilfe.....	59
Bildung	61
1. Ausstattung der Schulen.....	61
2. Europäische Schule Frankfurt.....	61
3. Beteiligung an der Gestaltung ihrer Schule ..	62
4. Entlastung der Rektor*innen.....	63
5. Diversität und Inklusivität von Schulen.....	63

Europastadt Frankfurt

Europa in Frankfurt sichtbar machen!

Wirtschaftlich und auch kulturell ist Frankfurt über sämtliche städtischen, nationalen und kontinentalen Grenzen hinaus vernetzt. Die Stadt profitiert wie kaum eine andere von der Europäischen Union und weist mit dem **Sitz der EZB**, einer von sieben EU-Institutionen, und darüber hinaus zwei weiteren europäischen Agenturen einen besonderen Bezug auf. Seit 2002 gibt es die **Europäische Schule** in Frankfurt. Hier besuchen Kinder verschiedener Sprachen gemeinsam eine Schule, mit dem Ziel, das Europäische Abitur zu absolvieren. Ebenfalls in Frankfurt wurde die europaweite Bewegung Pulse of Europe gegründet, welche sich für ein demokratisches und vereinigtes Europa stark macht. Darüber hinaus ist die Stadt Mitglied in einigen europäischen Netzwerken wie beispielsweise den **EUROCITIES**. In Frankfurt leben über 100.000 Menschen mit einer

anderen EU-Staatsangehörigkeit und über 126.000 Menschen mit einer außereuropäischen Staatsbürgerschaft (Quelle).

Diese Menschen und diese Stadt verdienen eine **europäische und internationale Stimme** in der Stadtverordnetenversammlung. Deshalb werden wir in Frankfurt eine gemeinsame Identifikation über nationale Grenzen hinaus stärken, das Bewusstsein für europäische und internationale Belange und Herausforderungen schärfen und **eine lokale Eigeninitiative für die Idee der europäischen Integration und der Überwindung von Nationalismus** entfachen. Dafür müssen wir Europapolitik in Frankfurt sichtbar machen und die bereits bestehenden europäischen und internationalen Netzwerke aktiv fördern. Dies gelingt nur mit einer langfristigen europäischen Strategie für die Zukunft unserer Stadt.

1. Arbeit und Einfluss der Europäischen Union sichtbar machen

Die Europäische Union ist bereits fundamentaler Bestandteil des politischen Frankfurter Alltags: Die Kommune bezieht Gelder der EU für verschiedenste Projekte und Vorhaben. Zusätzlich gibt es eine Vielzahl an Organisationen und Organen, welche sich für die europäische und internationale Integration einsetzen und einen wichtigen Beitrag zum Zusammenleben aller Menschen in Frankfurt leisten (z.B. das Europabüro, das Referat für internationale Angelegenheiten und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten). Doch in unseren Augen erhält diese Arbeit zu wenig Aufmerksamkeit der Bürger*innen. Vielen ist nicht bewusst, wie stark das tägliche Leben in Frankfurt mit der Europäischen Union und anderen Kontinenten verzahnt ist. Aus diesem Grund werden wir Maßnahmen ergreifen, um die **Sichtbarkeit der europäischen und internationalen Arbeit** – und der Kommunalpolitik generell – zu erhöhen. Das damit geschaffene Bewusstsein für die Arbeit der Kommune (in Bezug zu Europa und internationalem Geschehen) fördert die **Bildung einer europäischen**

und internationalen Identität der Frankfurter Bürger*innen. Zu diesem Zweck werden wir die Präsenzen der Stadt Frankfurt auf allen sozialen Netzwerken dazu nutzen, Informationen über die Arbeit der Kommune zu verbreiten. Wir gewährleisten so, dass sich die Menschen in Frankfurt über alle aktuellen stadt-bezogenen Entwicklungen online und bequem in Kenntnis setzen können. Es wird **Transparenz** geschaffen, die in unseren Augen dringend nötig, momentan jedoch noch nicht vorhanden ist. Darüber hinaus fordern wir, dass jedes städtische (Bau-) Projekt öffentlich alle Anteilseigner*innen und Investor*innen gut sichtbar macht. Die Bürger*innen erhalten somit den Überblick über die Herkunft und Verwendung von öffentlichen, eventuell europäischen, und privaten Geldern. Und was ist eigentlich mit all den europäischen Netzwerken, denen Frankfurt angehört? Was die Arbeit, Aktivitäten, Forderungen und die Geschehnisse innerhalb der europäischen Netzwerke (z.B. Eurocities, European Coalition of Cities against Racism, Climate Alliance of European Cities) betrifft, muss Klarheit geschaffen werden. Wir fordern, dass die Stadt hier nicht nur Mitglied ist, weil es gut aussieht, sondern weil sie es ernst meint. Dies sehen wir als eine Grundvoraussetzung, welche überhaupt erst das Interesse und die Beteiligung der Bürger*innen ermöglicht.

1.1 Jährlicher Europabericht

Wir fordern die **Anfertigung eines jährlichen Europaberichts** der Stadt, in dem alle bezogenen Fördergelder, Stellungnahmen und Aktivitäten im Zusammenhang mit der EU aufgelistet werden, um sie den Bürger*innen transparent zu machen und zu zeigen, welchen Einfluss die EU bis nach Frankfurt hat – und umgekehrt.

1.2 European & International Report

Wir werden ein **European & International Report** für alle unsere Partnerstädte einführen. Dieser Report (z.B. als Präsentation oder Podcast) soll einmal im Monat erscheinen und wichtige Informationen über aktuelle Geschehnisse in den Partnerstädten von Frankfurt bereitstellen. Dies könnte vom Europabüro RheinMain umgesetzt werden, dessen Kapazitäten wir entsprechend erweitern werden. Damit leisten wir einen Beitrag auf dem Weg hin zu einer dringend notwendigen europäischen und internationalen Öffentlichkeit. Wir regen darüber hinaus an, regelmäßige Konferenzen mit den politischen Vertreter*innen unserer gemeinsamen Partnerstädte zu initiieren, um dabei unsere Austauschprogramme zu organisieren und die Freundschaft zu stärken.

2. Events und Feste im Geiste der europäischen Integration

Frankfurt ist eine diverse Stadt mit Menschen verschiedener Identitäten, die durch die städtische Gemeinschaft zelebriert werden sollten; aus diesem Grund benötigen wir bei Veranstaltungen und Festen in Frankfurt in gleicher Weise eine Vielfalt an kultureller Ausrichtung. Um dem Titel „Europastadt Frankfurt“ gerecht zu werden, fordern wir, in regel-

mäßigen Abständen eine Vielzahl an europäischen und internationalen Events und Festen in Frankfurt zu veranstalten, welche unsere 17 Partnerstädte, aber auch andere Nationen ins Rampenlicht rücken und repräsentieren: Eine ägyptische Woche, ein Food Truck aus Nicaragua, eine kollaborative Kunstausstellung, ein japanisches oder ein tschechisches Straßenfest sind alles Beispiele für Veranstaltungen, bei denen die Menschen im Geiste von Interkulturalität zusammenkommen können. Darüber hinaus ermöglichen wir es Nicht-Europäer*innen oder nicht-deutschen Europäern*innen, ein wenig ihre anderen Heimatnationen nach Frankfurt zu transportieren. Dadurch schaffen wir eine Europastadt, in der sich alle Menschen verschiedenster Nationalitäten und Identitäten vertreten und willkommen fühlen.

2.1 Jährlicher Europa-Tag

Wir fordern, dass die Stadt Frankfurt den offiziellen jährlichen Europa-Tag am 9. Mai mit Festen und symbolischen Zeichen im Sinne der europäischen Integration umfassend feiert. Der Tag soll die europäische Identität stärken und an die mutigen Schritte erinnern, die uns langfristigen Frieden in Europa brachten.

3. Europäische Bürger*inneninitiative stärken

Europa ist nicht einfach nur ein abstraktes politisches Objekt. Es ist die Gemeinschaft in der wir leben und ein ständiger Teil unseres Alltags. Deshalb werden wir eine europäische Kooperation und den Austausch in Frankfurter Vereinen und Unternehmen aktiv unterstützen und begrüßen die bereits bestehenden Fördermöglichkeiten der Stadt sehr. Wir regen darüber hinaus die Idee an, eine digitale Plattform bzw. ein interaktives Medium zu etablieren, welches als Austauschbörse und Kommunikationsmöglichkeit zwischen Menschen aus den Partnerstädten fungiert. Ein „Wohnungstausch“ für den Urlaub in Lyon mit der Familie oder ein gemeinsames Trainingslager mit einem Mailänder Amateurclub? Dies und vieles mehr möchten wir ermöglichen.

3.1 Free-Interrail für Frankfurt

#FreeInterrail ist eine ursprünglich bürgerschaftliche Initiative, welche die Europäische Kommission mit dem Programm #DiscoverEU umgesetzt hat. Sie ermöglichte bereits tausenden EU-Bürger*innen, im Alter von 18 Jahren kostenlos und klimaschonend durch Europa zu reisen und den Kontinent in seiner Vielfalt kennenzulernen. Wir finden, die Europastadt Frankfurt sollte es der Europäischen Kommission gleichtun und ein gewisses Kontingent an Interrail-Tickets an junge 18-jährige Menschen aus Frankfurt verlosen. Diese könnten als Botschafter*innen der Europastadt agieren. Wir versprechen uns dadurch, junge Frankfurter*innen mehr für die europäische Idee zu begeistern.

Best Practice Beispiele

EU: Durch die erfolgreiche Geschichte der europäischen Einigung gelang es, über 75 Jahre Frieden auf unserem Kontinent sicherzustellen, der zuvor von blutigen Kriegen geprägt war. Die seit den 1950er Jahren andauernde französisch-deutsche Freundschaft, welche mit dem Elysee-Vertrag begründet wurde, steht dafür sinnbildlich. Die Freundschaft war nach dem zweiten Weltkrieg bis heute ein Meilenstein in der westlichen europäischen Geschichte und schien zwischen den ehemals über Generationen gewachsenen 'Erzfeinden' praktisch undenkbar. Das historische Beispiel zeigt uns außerdem auf: Veränderungen sind möglich.

Förderprogramme: Die EU berührt unser Leben in Frankfurt ganz direkt. Viele Fördergelder der EU können von der Stadt und den Bürger*innen unmittelbar abgerufen werden: Seien es der Regionalpark RheinMain oder die Regionaltangente West – viele Projekte, die uns in Frankfurt zugute kommen, werden von der EU mitfinanziert. Nähere Informationen gibt es auf der Homepage des Europabüros der Region Frankfurt RheinMain.

Trinationaler Jugendaustausch: Zusammen mit den Partnerstädten Tel Aviv und Eskişehir wurde ein trinationaler Jugendaustausch veranstaltet, der dem Erfahrungsaustausch zwischen jungen israelischen, türkischen und deutschen Menschen diente. Das Beispiel zeigt auf, welche Möglichkeiten uns die Städtepartnerschaften der Stadt Frankfurt bieten.

Pulse of Europe: Die unabhängige Bürger*innenbewegung, welche in ganz Europa vertreten ist, hat sich 2016 in Frankfurt gegründet, um über Parteigrenzen hinaus die Zukunft Europas in die Hand zu nehmen. Gemeinsam gelang es, einen wichtigen Impuls auszusenden und zahlreiche Menschen für ein vereintes, demokratisches und föderales Europa zu mobilisieren. Mit klugen und innovativen Veranstaltungen wie den HausParlamenten schaffte Pulse of Europe neue Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements. Das HausParlament ist ein Konzept, bei dem sich vier bis acht Menschen zuhause, in einem Cafe oder im Park treffen, um über eine wichtige europäische Fragestellung zu diskutieren und sie zu beantworten. Die Ergebnisse sendet Pulse of Europe anschließend an politische Entscheider*innen.

Frankfurt in der Klimakrise

Zukunftsweisender Umwelt- und Klimaschutz in einer nachhaltigen Metropole.

In Frankfurt waren in den letzten beiden Jahren tausende Demonstrant*innen mit der **Fridays for Future**-Bewegung auf den Straßen, um für einen effektiven Klimaschutz zu kämpfen. Auch wir erkennen die Dringlichkeit zu handeln, um unsere Umwelt für zukünftige Generationen noch erhalten und die Ziele aus dem Pariser Klimaschutzabkommen noch verwirklichen zu können. Deshalb stellt der Klimaschutz eine hohe Priorität in unserer Politik der nächsten

Jahre da. Hier werden wir neben wichtigen lokalen Maßnahmen insbesondere den Austausch über die **Climate Alliance of European Cities** aktivieren. Das Klima-Bündnis, zu dessen Gründungsmitgliedern Frankfurt gehört, hat 1837 Mitglieder in 26 verschiedenen Ländern (Quelle). Damit entfaltet das Klima-Bündnis ein großes Potenzial für gemeinsame Vorgehensweisen der Städte innerhalb der EU.

1. Frankfurt zur Klimaoase machen

Auch in Frankfurt ist der Klimawandel zu spüren, denn bis zum Jahre 2050 wird die Temperatur in Frankfurt kräftig steigen (Quelle). Zunehmend entsteht in der Stadt das Problem der sogenannten Hitzeinseln: Durch die vielen versiegelten Flächen heizt sich die Stadt weitaus mehr auf, als dies in ländlichen Gegenden der Fall ist; das führt auch zu mehr Extremwetterereignissen in Form von z.B. starken Gewittern über der Stadt. Für die Menschen, die in Frankfurt leben, wird es außerdem immer anstrengender, sich an das städtische Klima zu gewöhnen. Lange Hitzeperioden stellen damit insbesondere für ältere Menschen ein relevantes Gesundheitsrisiko dar.

Für dieses akute Problem gibt es allerdings eine gute Lösung: Die **großflächige Begrünung der Stadt**. Denn Pflanzen geben bei Hitze ständig Wasser durch die Verdunstung über ihre Blätter ab und wirken damit wie eine natürliche Klimaanlage. Bäume können pro Tag hunderte Liter Wasser 'ausschwitzen'. Die Kühlleistung liegt bei etwa 70 Kilowattstunden pro 100 Liter – genug, um zwei durchschnittliche Haushaltsklimageräte zu betreiben (Quelle).

Und das ist nicht der einzige Vorteil von Begrünung und Urban Gardening (Quelle):

1. Pflanzen dienen als natürliche **Schall- und Wärmedämmung** für Gebäude. Lärm ist laut der WHO nach der Luftverschmutzung der zweitgrößte Umweltfaktor, der die Krankheitslast bedingt. In Frankfurt ist der Schallschutz gerade wegen des Flug- und Autoverkehrs von großer Wichtigkeit. Sowohl die Dach- als auch die Fassadenbegrünung dienen sehr effektiv der Schallabsorption und der Minderung von Schallreflexionen.

2. Pflanzen wandeln **CO2 in Sauerstoff** um. Damit verbessern sie unmittelbar die Luftqualität und leisten einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und zum Umweltschutz. Gerade hinsichtlich der hohen Feinstaubbelastung würden mehr Pflanzen in der Stadt Abhilfe schaffen.
3. Pflanzen haben eine **isolierende Wirkung**. Bei einem dichtem Blattwerk an den Wänden entsteht eine Schicht, die vor dem Aufheizen des Gebäudes im Sommer schützt. Bei immergrünen Gewächsen wie Efeu wird auch im Winter die Wärme im Gebäude gehalten.
4. Pflanzen bieten einen Raum für **neue Ökosysteme**. Grünflächen schaffen Lebensräume für Insekten und Vögel.
5. Pflanzen wirken **schützend für die Bausubstanz**, da begrünte Fassaden vor direkter UV-Einstrahlung und Wettereinwirkungen besser geschützt sind.
6. Mehr Grün in der Stadt bedeutet für uns außerdem eine **bessere Optik**. Grüne Flächen haben einen erholenden psychischen Einfluss auf die Menschen in der Stadt.

Aufgrund dieser vielen Vorteile ist die städtische Begrünung ein **zentraler Baustein** in unserer kommunalen Klima- und Naturschutzpolitik. Wir werden dieses Thema wegen des erheblichen Potenzials weitaus größer denken, als dies bisher geschah. Wir orientieren uns an visionären Bauprojekten wie das in unserer Partnerstadt Mailand. Dort steht der „Bosco Verticale“ („vertikaler Wald“). Die Begrünung dieses Gebäudes entspricht einer unglaublichen Waldfläche von 20.000 Quadratmetern (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen). Wir unterstützen daher das Programm „Frankfurt frischt auf“, durch das die Begrünung von Dächern und Fassaden sowie die Entsiegelung von Höfen mit bis zu 50 % bezuschusst werden. Diese Mittel gilt es, entsprechend regelmäßig mit einer Kampagne zu bewerben, sodass sie auch abgerufen werden. Daneben fordern wir Maßnahmen der **Begrünung im Rahmen der Bauleitplanung des Stadtplanungsamtes** umfassend festzusetzen. Nicht nur Privathaushalte und Unternehmen sind gefragt, insbesondere die Stadt muss ein Vorbild sein. Die **eigenen Gebäude und Ämter müssen grün werden** und begrünte Dächer für die Menschen auch zugänglich gemacht werden. Ebenso bieten die vielen hunderte Dächer von Bushaltestellen eine Möglichkeit für neue Grünflächen in der Stadt. Für die Verwaltungen aller Ressorts und für die Öffentlichkeit werden wir eine Stelle für eine*n **Beauftragte*n für Urban Gardening** im Grünflächenamt schaffen. Langfristig wird damit eine begehbare grüne Gebäudelandschaft hergestellt werden, die bei den Menschen für viel Lebensqualität sorgt. Außerdem bestehen weltweit bereits architektonische Innovationen, wie z.B. Skyparks auf Hochhäusern, unterirdisch gebaute, aber mit Tageslicht ausgestattete öffentliche Gebäude oder Dachverbindungen zwischen verschiedenen Hochhäusern. Diese Weiterentwicklung von Gebäuden im urbanen Raum zeigen uns, wie Grünflächen und Gebäude fließend und dynamisch ineinander greifen können. Wir finden, diese Art von neuer grüner Architektur sollte auch die Stadt Frankfurt forcieren.

1.1 Rooftop Gardening

Es genügt ein Blick auf Satellitenaufnahmen, um zu erkennen, dass Frankfurts Dächer vollkommen kahl und ungenutzt sind. Dabei könnten wir sehr viel hochwertigen **Lebensraum zurückgewinnen**, wenn wir das brachliegende Potential nutzen würden, welches auf den vielen leeren Flachdächern Frankfurts vorhanden ist. Auf Neubauten ist fast alles möglich: begehbare (Familien-)Gärten, kleine Sportplätze oder Urban-Farming-Felder. Sogar Bäume könnten dort wachsen. Doch auch Flachdächer von älteren Bauten können nutzbar gemacht werden. Sie lassen sich relativ problemlos begrünen – ganz abgesehen von der Möglichkeit einer zusätzlichen Stromproduktion durch Solarenergie. In einer hochverdichteten Stadt wie Frankfurt ist es wichtig, nachzuverdichten und gleichzeitig **neue Freiräume** zu kreieren; in Großstädten wie New York oder Mailand ist man hierbei bereits deutlich weiter (mehr dazu bei unseren Best Practices Beispielen). Die Nutzung von Dächern und Fassaden wäre dabei besonders lukrativ. In der Schweiz gibt es dafür in den Städten Basel, Bern, St. Gallen und Zürich einen „Rooftop-Day“, um eine nachhaltige Dachkultur aktiv zu fördern. An diesem Tag öffnen Privathaushalte und auch Firmen ihre Dachterrassen für die Öffentlichkeit und veranstalten z.B. Yoga-Kurse oder Konzerte. Die Dächer können den Menschen dann ein Erlebnis der Freiheit und eine ganz neue Perspektive auf die Stadt und deren potenzielle Lebensräume bieten. Das „Skyline-Camping“ auf der Skyline Plaza ist hierfür ein gutes Beispiel. Zudem stellt dies einen Beitrag hin zu einer zunehmenden Demokratisierung der Dächer dar, indem für alle der Zugang ermöglicht wird. Wir fordern **mehr Frankfurt auf den Dächern** und werden deshalb einen **Rooftop-Day** für Frankfurt einführen.

1.2 Aufforstung der Stadt

Aufgrund der sehr heißen Sommer in den letzten Jahren steht es extrem schlecht um den sehr wichtigen Frankfurter Stadtwald. Im vergangenen Jahr gab es bereits eine **Pflanzaktion** mit dem Ziel, junge Laubbäume wie Eichen, Buchen und Esskastanien nachzupflanzen, da sie heiße Sommer besser überstehen: Denn Nadelbäume wie Fichten und Kiefern, die zusammen ein Drittel des Baumbestands im Wald ausmachen, haben besonders unter den heißen Sommern gelitten. Wir begrüßen Aktionen wie diese, sind aber der festen Überzeugung, dass es hierfür einer **langfristigen Strategie** bedarf.

Kannst du dir außerdem einen dichten Mischwald mitten in der Stadt vorstellen? Die sehr effektive Miyawaki-Methode macht es möglich. Diese wurde weltweit durch das Engagement von Shubhendu Sharma bekannt. Das von ihm ins Leben gerufene Projekt Afforestt setzt die Miyawaki-Methode bereits seit 2011 erfolgreich ein und hat schon über 138 Wälder in 10 Ländern aufgeforstet, darunter in einigen Städten Europas. Dabei ist besonders von Vorteil, dass sich diese Wälder schon auf sehr kleinräumigen Flächen errichten lassen und eine hohe Mischkultur an regionalen Pflanzen aufweisen. Diese Wälder entstehen zudem innerhalb von nur drei Jahren, danach sind sie komplett autark. Bei der Errichtung bestehen außerdem tolle Mitwirkungsmöglichkeiten für Schüler*innen oder Freiwillige, die die Natur in der Stadt neu erleben können (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen). Wir fordern, dass auch Frankfurt **mehrere Miyawaki-Wälder innerhalb der Stadt** errichtet und damit für eine ausgewogene Mischkultur sorgt.

1.3 Betonflächen neu denken

Ein klassisches Problem von Städten ist die Bodenversiegelung. Ihre Auswirkungen spüren Bürger*innen vor allem bei starken Regenfällen und heißen Sommern. Der versiegelte Boden lässt kein Wasser versickern, sodass es sich in großen Mengen an der Oberfläche sammelt. Weiterhin trägt die Versiegelung zu höheren Umgebungstemperaturen bei. Volt setzt sich dafür ein, **bestehende Möglichkeiten zum Rückbau von Versiegelungen vollumfänglich zu nutzen und weitere zu schaffen**. Zudem müssen Regelungen, die eine Neuversiegelung reduzieren, konsequent umgesetzt werden. Dunkle Asphaltflächen wie Straßen absorbieren zudem das Sonnenlicht und werden gerade im Sommer sehr heiß. Dadurch wird auch die Umgebungstemperatur spürbar erhöht. Ein innovativer Lösungsansatz für dieses Problem kommt aus den USA: Die Großstadt Los Angeles verwendet die weiße Spezialfarbe „Coolseal“ zum Streichen von Straßen, die ursprünglich zur Tarnung vom Militär entwickelt wurde. Durch diese Maßnahme ist es möglich, die Temperatur der Straßen um bis zu sieben Grad zu verringern ([Quelle](#)).

2. Nachhaltiges Wirtschaften

Unsere Klimaziele sollen sich nicht nur auf Veränderungen in den städtischen Versorgungssystemen, den eigenen Verwaltungen und den Privathaushalten beschränken, sondern auch die **Frankfurter Unternehmen aktiv miteinbeziehen und mitnehmen**. Der Klimawandel und das verheerende Maß an Umweltverschmutzung auf unserer Erde werden zu einem großen Teil durch die Herstellung und Verwendung von Konsumgütern sowie klimaschädliche Investitionen verursacht. Staatliche Regelungen können jedoch nur innerhalb eines engen Rahmens mehr Nachhaltigkeit in der Industrie bewirken. Der grundlegende Wandel zu einer nachhaltigen Art des Wirtschaftens setzt ein entsprechendes Umdenken innerhalb der Betriebe voraus. **Diesen ökologischen Wandel betrachten wir als absolut notwendig**. Deshalb soll die Stadt eine unterstützende Rolle spielen und eine intelligente Kombination aus freiwilligen Maßnahmen und ergänzenden Vorschriften einsetzen, die etwa zur Förderung der Transparenz und zur **Schaffung von Marktanreizen für verantwortliches unternehmerisches Handeln** beitragen. Viele Unternehmen schätzen politische Leitlinien und Grundsätze, innerhalb derer sie innovativ agieren können.

Die EU-Kommission hat eine eigene Strategie für sozial und ökologisch verantwortungsvolles Handeln von Unternehmen vorgelegt, woran wir uns gerne orientieren werden. Grundsätzlich steht die soziale Verantwortung von großen Unternehmen gegenüber den Menschen und der Umwelt in ihrem eigenen Interesse. Sie kann nachweislich das Risikomanagement fördern, Kosteneinsparungen bewirken sowie den Zugang zu Kapital, die Kund*innenbeziehungen, die Arbeitnehmer*innensituation verbessern und die Innovationskapazitäten verbessern. Wenn sich Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung stellen, können sie bei den Beschäftigten, den Verbraucher*innen und den Bürger*innen allgemein dauerhaftes Vertrauen als Basis für nachhaltige Geschäftsmodelle aufbauen. Mehr Vertrauen wiederum trägt zur Schaffung eines Umfeldes bei, indem die Unternehmen innovativ arbeiten und wachsen können. Für die Gesellschaft hat das den Vorteil, dass Unternehmen einen erheblichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten können.

Für ein nachhaltigeres Frankfurt schlagen wir daher folgende Maßnahmen vor:

- Wir fordern **mehr Transparenz und Aufklärung für Verbraucher*innen**. Nur dadurch begegnen wir möglichen Problemen durch Greenwashing. Die Informationsarbeit von Frankfurt Green City, einer Initiative des Umweltamtes der Stadt, halten wir für sehr vorbildlich und wegweisend. Auf der Homepage gibt es nützliche Informationen und Tipps für ein nachhaltigeres Leben. Wir werden den Ansatz weiterhin konsequent umsetzen und wollen darüber hinaus erreichen, dass sich diese Informationen praktischer abrufen lassen. Deshalb fordern wir „**Frankfurt Green City**“ als App: Diese App kann den Bürger*innen dann als Leitfaden bei nachhaltigerem Konsum und einer bewussten Inanspruchnahme von Dienstleistungen in Frankfurt dienen.
- Wir sehen die **nachhaltige Beschaffung der Kommune** bezüglich aller Produkte, Dienstleistungen sowie Auftragsvergaben als essentiell an. Die öffentliche Hand in Deutschland hat einen großen Einfluß auf die Nachfrage nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen (jährl. Volumen circa 360 Mrd. €), dies gilt insbesondere auch für die Kommunen.
- Wir fordern ein **gutes Beratungsangebot der Stadt für nachhaltige Gründer*innen und Unternehmen**. Im Aufgabenbereich der Frankfurt Wirtschaftsförderung GmbH ist bisher kein Angebot für Umweltmanagement ersichtlich; gleichzeitig haben wir das Frankfurter Energiereferat, das auch Beratung für Unternehmen anbietet. Wir werden Teile davon entweder zusammenführen oder zumindest gewährleisten, dass sich beide Institutionen sehr fein abstimmen, denn Nachhaltigkeit und Wirtschaft können nur zusammen gedacht werden.
- Wir werden bei der **finanziellen Unterstützung** von Start-Ups durch den Frankfurter Gründerfond **nachhaltige Unternehmer*innen** fördern. Diese sollen bei städtischen Leistungen begünstigt werden, beispielsweise durch ein günstigeres Angebot bei den städtischen Workspaces. Zudem werden wir mit dem bereits bestehenden Frankfurter Gründerpreis explizit nachhaltige Gründer*innen auszeichnen. Langfristig fordern wir, dass Frankfurt ein Zentrum für verantwortungsvolles Unternehmertum wird.
- Wir werden generell **Anreize** (ggf. eine Verpflichtung) **für Frankfurter Unternehmen für das Vorlegen eines transparenten, individuellen Nachhaltigkeitsberichts** schaffen, in welchem das Unternehmen aufzeigt, welche Beiträge es zum Erreichen der übergeordneten Nachhaltigkeitsziele leistet und zu leisten beabsichtigt. Diese Unternehmen könnten wir beispielsweise auf der Seite Frankfurt Green City hervorheben. „Frankfurt spart Strom“ oder „Ökoprofit“ gingen hierbei bereits in die richtige Richtung.

2.1 Nachhaltiges Gewerbegebiet

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat im März 2012 beschlossen, ein nachhaltiges Gewerbegebiet zu entwickeln. Nach einer mehrstufigen Analyse wurden die Gewerbegebiete Fechenheim Nord und Seckbach als Modellstandorte ausgewählt. Dort ist eine große Vielfalt an Unternehmen angesiedelt. Die zwei wichtigsten Bausteine der Studie sind das Standortmanagement und das Umweltmanagement. Ziel ist es, durch Modernisierung des Gewerbegebietes eine ökologische, ökonomische und soziale Zukunftsfähigkeit des Gewerbebestandes zu gewährleisten. Es geht beispielsweise um eine effizientere Infrastruktur, eine Reduzierung von Emissionen, eine höhere Energieeffizienz, das Einsparen von Ressourcen, die Verringerung der Lärmbelastung oder das gemeinsame Nutzen einer Kita. Die Studie liefert uns langfristig Erkenntnisse über mögliche Zukunftsmodelle, aber auch über die Aufwertung und Modernisierung von bestehenden Gewerbegebieten, auf welche wir zurückgreifen werden.

2.2 Frankfurter Flughafen

Der Frankfurter Flughafen stellt einen großen Wirtschaftsfaktor für Frankfurt dar. Mit über 80.000 Mitarbeiter*innen (im Flughafenbetrieb) und immensen Passagierzahlen (2017 alleine über 70 Mio.) sowie ausgeprägtem Frachtverkehr, verknüpft er Frankfurt mit der Welt und prägt die internationale Identität der Stadt maßgeblich (Quelle). Frankfurt als Angelpunkt für privaten und geschäftlichen Reiseverkehr sowie internationalen Warentransfer wäre ohne ihn nicht denkbar.

Gerade im Kontext der Klimakrise zahlt die Stadt Frankfurt für diese Vorteile jedoch einen hohen Preis. Knapp 1.500 Starts pro Tag hinterlassen verschmutzte Luft und erheblichen Fluglärm für Frankfurts Einwohner*innen (Quelle). Die Folgen belasten sowohl die Umwelt als auch das Klima, weshalb man sich fragen muss, wie im Rahmen des Flugbetriebs Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu verbinden sind.

Klimaneutrales und klimaschonendes Fliegen ist die einzige logische Folge. Außerdem müssen die realen Kosten für klimaschädliches Fliegen auf die Konsument*innen umgelegt werden. Fliegen soll nicht abgeschafft werden, langfristig müssen jedoch die Negativfolgen beseitigt werden. Hierfür streben wir Lösungen auf der europäischen Ebene an. Zwar wurden die CO₂-Emissionen seit dem Jahr 2001 bereits um 40% gesenkt – bis zu den Jahren 2030 sind 80% und bis 2050 100% geplant –, jedoch müssen dahingehend schon jetzt die Weichen gestellt werden (Quelle). Genau dafür setzen wir uns ein und fordern, dass die Stadt Frankfurt mit ihren Anteilen an der Fraport AG das klimaneutrale und klimaschonende Fliegen aktiv fördert und mit dem Frankfurter Flughafen dieses Ziel durch innovative Ansätze verfolgt. Nicht nur die CO₂-Emissionen, sondern die gesamte Klimabilanz und die Auswirkungen durch Belastungen wie Lärm und Abgase sollen dabei berücksichtigt werden.

2.3 Kreislaufwirtschaft

Unsere Wirtschaft ist zurzeit darauf angelegt, dass Güter produziert, konsumiert und daraufhin weggeworfen werden. 2020 war der Earth-Overshoot-Day am 22. August. An diesem Tag übersteigen die von den Menschen verbrauchten ökologischen Ressourcen die von der Erde in diesem Jahr regenerierbaren Ressourcen. Über ein Viertel des Jahres leben wir also über unseren Verhältnissen. Pro Kopf erzeugen wir etwa 211 Kilogramm Müll pro Jahr ([Quelle](#)). Wir Menschen stellen somit eine große Belastung für unsere Umwelt dar. Die Kreislaufwirtschaft bietet dabei zahlreiche Chancen, um wirtschaftlich, sozial und umweltbezogen stabile Kommunen zu schaffen und langfristig zu erhalten. Der Grundgedanke der Kreislaufwirtschaft ist, Ressourcen so lange wie möglich zu nutzen und am Ende ihrer Nutzung zurückzugewinnen, wodurch sie nicht als Abfall verloren gehen. Wir fordern, Frankfurt als Kreislaufwirtschaft so zu gestalten, dass die Kommune ein in sich regenerierendes System ergibt. Wir fordern eine **stadtweite Analyse zur Kreislaufwirtschaft** über die wichtigsten Stoffströme und über die Vorteile einer werterhaltenden Nutzung der Materialien. Amsterdam macht es mit einer „Roadmap for Circular Buildings“ und dem „Sharing Economy Action Plan“ vor. Diese Pläne komplettieren das Engagement für eine umfassende zirkuläre Wertschöpfung. Außerdem werden wir das bereits eingeführte Mehrweg-Bechersystem der FES konsequent umsetzen.

Wiederverwendung ist gut, Vermeidung ist besser. In diesem Sinne werden wir Maßnahmen fördern, die die Müllvermeidung voranbringen. Mit dem Verbot der EU einiger Einwegplastik-Gegenstände ab 2021 ist ein erster Schritt getan – jedoch noch nicht genug. Jede Stunde werden in Deutschland 1,9 Millionen Plastikflaschen verbraucht, viele befüllt mit Wasser ([Quelle](#)). Um diese Zahl zu verringern, werden wir den Bau von öffentlichen Trinkwasserbrunnen in Frankfurt fördern. Als Best Practice Beispiel dient London, das seit 2018 im Zuge der Kampagne #OneLess mehr als 150 Trinkwasserbrunnen installiert hat (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen). In der Frankfurter Innenstadt wurden von der Mainova bislang nur zwei öffentliche Trinkwasserbrunnen installiert, die von der Bevölkerung stark genutzt werden. Im Rahmen von „Frankfurt frischt auf“ wird die Installation von öffentlichen Trinkbrunnen bereits bezuschusst. Wir fordern, diese Förderung auszubauen, aktiver zu bewerben und das häufigere Abrufen der Fördergelder sicherzustellen. Die starke Nutzung der Trinkbrunnen in Frankfurt (im Durchschnitt 600 Mal täglich) spricht dafür, dass zwei öffentliche Brunnen in Frankfurt nicht genügen.

2.4 Nachhaltige Landwirtschaft

Lebensmittel und andere Agrarrohstoffe werden hauptsächlich auf dem Land erzeugt und zum Großteil in der Stadt konsumiert. Dies führt zu einer zunehmenden Entfremdung der Stadtbewohner*innen von der Erzeugung ihrer Lebensmittel. Parallel dazu entsteht eine Bewegung rund um das Urban Gardening und ein Bewusstsein dafür, dass wir eine nachhaltige Landwirtschaft brauchen. Der Klimawandel, die abnehmende Artenvielfalt, die nährstoffarmen und verdichteten Böden erfordern ein grundsätzliches Umdenken in Bezug auf unsere gegenwärtige Nahrungserzeugung. Für die landwirtschaftliche Produktion bedeutet das, natürliche Ressourcen wie Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt langfristig

in einem guten Zustand zu halten. Um das zu erreichen, soll Landwirtschaft, einschließlich der Tierhaltung, nachhaltiger gestaltet werden. **Wir werden gerade die ökologische Landwirtschaft, eine Agroforstwirtschaft und Kooperationen und Genossenschaften in der Landwirtschaft fördern.** Wir fordern einen Dialog zwischen Stadt und Land und eine Unterstützung der Direktvermarktung von ökologischen bzw. nachhaltig hergestellten und regionalen Lebensmitteln z.B. bei den Mensen und Kantinen unserer Bildungseinrichtungen.

3. Umweltbewusstsein

Um der Klimakrise entscheidend und langfristig entgegenzutreten zu können, sind sehr gute Kenntnisse über die Fakten und Auswirkungen der klimatischen Veränderungen im Bildungsbereich, in der Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zwingend erforderlich. Denn nur auf dieser Grundlage sind Innovationen möglich, die uns bei der Transformation unserer gesellschaftlichen Bedingungen zukünftig helfen werden.

3.1 Umweltbildung

Um ein langfristiges Umweltbewusstsein aufzubauen, werden wir **Umweltbildung bereits ab dem Kindergarten** ermöglichen. Schon Kindergartenkinder können so lernen, wie Lebensmittel erzeugt werden. Wir fordern Hochbeete (oder Aquaponics) in jeder Kita und jeder Grundschule in Frankfurt, an denen Umweltbildung beigebracht werden kann. Bauernhofbesuche und Erntehilfe sollen aus unserer Sicht zur pädagogischen Grundversorgung gehören. Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit sollen verstärkt als Thema in der Schule aufgegriffen werden das pädagogische Personal werden wir dahingehend weiterbilden.

3.2 Klimanotstand

Da die Entscheidungsträger*innen in der Welt und in Europa seit Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens im Jahre 2015 nur unzureichende Anstrengungen hinsichtlich eines Erreichens der festgelegten Klimaziele unternommen haben, hat sich die klimatische Lage innerhalb der vergangenen Jahre weiterhin drastisch verschärft. Um die Dringlichkeit der Gefahrensituation zu verdeutlichen und der drängendsten Krise unserer Zeit verantwortungsvoll und konsequent zu begegnen, rufen überall auf der Welt Länder, Regionen und Städte den sogenannten Klimanotstand aus. Durch die Ausrufung eines Klimanotstands würde die Stadt Frankfurt die Klimakrise als akute Gefahr für das menschliche Leben vor Ort anerkennen. Dies soll dazu führen, dass die Stadt Frankfurt Klimaschutzmaßnahmen politisch priorisiert. In einigen Städten hat sich die Stadtverwaltung damit sogar verpflichtet, bei jeder Handlung und Entscheidung zu prüfen, ob diese mit den Zielen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen vereinbar sind. Die Climate Alliance of European Cities empfiehlt **außerdem, eine solche Resolution zu verabschieden.** Frankfurt als Gründungsmitglied und Sitz des europäischen Sekretariats hätte dem also schon längst nachkommen können.

Volt fordert die Stadt Frankfurt entschieden auf, den Klimanotstand zu deklarieren und in alle zukünftigen Entscheidungen einzubeziehen. Hierdurch würde eine zentrale Voraussetzung geschaffen, die das Erfüllen dringender Handlungsbedarfe auf den jeweiligen Verwaltungsebenen ermöglicht.

3.3 Klimaschutzstiftung von Frankfurter*innen für Frankfurt

Umwelt- und Klimaschutz in Frankfurt sind nicht nur stadtpolitische Themen – sie betreffen jede*n Einzelnen. Aus diesem Grund werden wir die **Zivilgesellschaft aktivieren und direkte Beteiligung für eine klima- und umweltfreundliche Stadt ermöglichen**. Zu diesem Zweck soll eine **städtische Klimaschutzstiftung** gegründet werden, welche ein Spendenportal für Projekte zum Beitrag für den Klimaschutz in Frankfurt darstellt. Die Bürger*innen sollen einen Überblick über verschiedene aktive Projekte erhalten und über die Stiftung die Möglichkeit der freiwilligen Unterstützung durch Spenden bekommen. Wir werden so jedem*jeder Einzelnen die Möglichkeit geben, Verantwortung zu übernehmen – nicht nur für große, strukturelle Projekte, sondern auch und insbesondere für Herzensprojekte. Die Bürger*innen Frankfurts sollen durch ihre Unterstützung aktiv eigene Akzente in der städtischen Klimaentwicklung setzen können. Dafür schaffen wir auf dem Portal der Stiftung eine Möglichkeit zur Auswahl und zum Vorschlagen von bestimmten Projekten. Es wird hierbei ein möglichst breites Beteiligungsmodell angestrebt.

4. Eine saubere Stadt

Wie in vielen Großstädten auch, gibt es in Frankfurt durch die vielen Bewohner*innen eine Menge Müll, was der Umwelt schadet und die Stadt sehr viel Geld kostet. Zwar werden flächendeckend von der Stadt öffentliche Mülleimer zur Verfügung gestellt, jedoch scheint dies für eine saubere Stadt nicht zu genügen – zumindest nicht, um die Verschmutzung der Frankfurter Natur und des Stadtbildes zu verhindern. Aus diesem Grund unterstützt Volt die Aktionen der Initiative 'cleanffm', um einem sauberen Frankfurt ein Stückchen näher zu kommen. Insbesondere Zigarettenstummel richten mehr Schäden an, als man im ersten Moment erwarten würde: Ein Stummel kann bis zu 60 Liter Grundwasser verschmutzen, wobei bereits ein Liter davon einen Fisch töten kann. Zudem benötigt ein Zigarettenstummel 15 Jahre, um sich vollständig zu zersetzen (Quelle). Einerseits muss das Ausmaß der Auswirkungen des fahrlässigen Umgangs mit Müll ins Bewusstsein der Bevölkerung gerufen werden, andererseits müssen solche Umweltschädigungen konsequent verfolgt werden. Wiesbaden gilt in dieser Hinsicht als Vorreiterin in Hessen: Dort wurden zum Jahr 2020 die Bußgelder erhöht und vermehrte Kontrollen angesetzt. 50 Euro kostet es nun, eine Zigarette in der Landeshauptstadt abseits vom Mülleimer zu entsorgen. Wir werden dem Beispiel Wiesbadens folgen und uns mit einem **deutlich höheren Bußgeld** (bisher nur 30 Euro) sowie mit **expliziten Kontrollen** der Ordnungsbehörde für eine saubere Stadt einsetzen.

4.1 Lichtverschmutzung reduzieren

Die Nächte in Frankfurt sind inzwischen durch die dichte Bebauung und die Straßenbeleuchtung nicht mehr richtig dunkel. Die Helligkeit sorgt dabei nicht nur für einen hohen Stromverbrauch, sondern hat negative gesundheitliche Folgen für den Menschen und stört nachweislich den Biorhythmus von Insekten oder Vögeln ([Quelle](#)). Deshalb muss die Stadt energieeffizientere Technik bei der Straßenbeleuchtung einsetzen und Straßenlaternen mit Bewegungssensoren ausstatten, die mit einer automatischen Dimmfunktion betrieben werden.

5. Energiewende

Volt Frankfurt unterstützt den [Masterplan 100% Klimaschutz](#) der Stadt Frankfurt. Die Ambition, die Stadt langfristig mit 100% erneuerbaren Energien versorgen zu können, erfordert unter anderem die Reduzierung des Energieverbrauchs um die Hälfte. Leider nahm der Energieverbrauch in den letzten Jahren stetig zu – an dieser Stelle erkennen wir Nachholbedarf im Bereich des Energiemanagement der Stadt. Wir erachten des Weiteren das Projekt „Zero Carbon Cities“ unter Federführung der Stadt Manchester für sehr wichtig. Im Rahmen dieses europäischen Projektes soll unter anderem ein kommunales CO2-Budget erstellt werden (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen).

In Frankfurt sind etliche internationale Rechenzentrumsbetreiber*innen angesiedelt. Diese haben einen erheblichen Energiebedarf. So verursacht die IT weltweit mehr CO2-Emissionen als der Luftverkehr: In Frankfurt verbrauchen die Rechenzentren konkret ein Fünftel des lokalen Stroms. Da sich die Rechner in vollem Betrieb sehr stark aufheizen, entsteht ein großer Ressourcenbedarf für die Kühlung der Technik – bisher durch Luft. Die Frankfurter Goethe-Universität und das GSI Helmholtzzentrum haben ein neues innovatives Wasserkühlsystem entwickelt, mit dem mehrere Millionen Tonnen CO2-Emissionen eingespart werden können und gleichzeitig die Abwärme zum Heizen genutzt werden kann ([Quelle](#)). **Die Rechenzentren in Frankfurt sollen daher alle von Luft- auf Wasserkühlung umgestellt werden.** Die übrige Wärme soll zudem weiter verwertet und beispielsweise zum Heizen genutzt werden.

Das Steinkohle-Kraftwerk West der Mainova soll nach aktuellem Stand bis zum Jahre 2026 aus der Kohlekraft aussteigen, indem die Energieproduktion auf Gas umgestellt wird. Technisch ist dies schon seit einigen Jahrzehnten möglich, die Mainova besitzt sogar seit Jahrzehnten eine Gasturbine. Zunächst wird die Mainova auf Erdgas umgestellt – ebenso ein fossiler Brennstoff, welcher lediglich etwas weniger schädlich ist als Steinkohle. Dabei gäbe es nachhaltige, klimaneutrale Alternativen, wie grünes Gas aus Biomasse oder nachhaltig hergestellter Wasserstoff. Fossile Brennstoffe können also nicht der richtige Weg sein. Diese Haltung wird unter anderem durch das Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt unterstützt, welches der Ansicht ist, dass die aktuellen Ziele der Stadt nicht ausreichen werden. Da sich die Bemühungen zum Klimaschutz bis 2030 in einer entscheidenden Phase befinden, sehen wir an dieser Stelle großen Nachholbedarf.

Wir von Volt Frankfurt fordern deshalb, die schnellstmögliche Klimaneutralität der Mainova Kraftwerke durch eine Umstellung der Stromerzeugung auf nachhaltige Alternativen zu erreichen. **Frankfurt muss bis spätestens zum Jahre 2030 zu 100% mit erneuerbaren Energien versorgt werden.**

5.1 Solaranlagen auf Frankfurts Dächern und Balkonen

Wir sind überzeugt, dass wir in Frankfurt das Potenzial für mehr Solarenergie haben. Neben konventionellen Solarkraftwerken auf Dächern lässt sich Solarenergie bereits mit kleinen Modulen erzeugen, die so kompakt sind, dass sie sich unmittelbar an einem Balkongeländer montieren lassen. Bereits mehrere zehntausend Mini-Solaranlagen könnten einen erheblichen Beitrag zur nachhaltigen Stromerzeugung in Frankfurt leisten. Viele Bürger*innen sind sich dieser Möglichkeit jedoch gar nicht bewusst, und wenn sich doch Privathaushalte in Frankfurt für die Anschaffung einer solchen Mini-Solaranlage entscheiden, um den eigenen Strombedarf mit 300 bis 400 Watt (im Sommer ggf. sogar 600 Watt) sowie das ganze Stromnetz zu entlasten, werden sie von der Stadt aufgrund von Normierungen in der Erhaltungssatzung gestoppt. In der Metropole Frankfurt mit seinen über 750.000 Einwohner*innen sind gerade einmal zwei solcher Anlagen zugelassen worden (Stand: 25.01.20). In Zeiten der Klimakrise empfinden wir solche Regularien als untragbar ([Quelle](#)).

Wir werden die Bürger*innen in Frankfurt bei der Aufstellung von Balkonsolaranlagen und Solarkraftwerken auf Dächern unterstützen. Auf diese Weise können Privatpersonen einen Beitrag zur Energiewende leisten und Geld sparen. Dafür fordern wir eine **sofortige Anpassung dieser Beschränkung**. Stattdessen sprechen wir uns für die Einführung eines Förderprogramms (angelehnt an „Frankfurt frischt auf“) aus, **welches die Installation auch von Balkonsolaranlagen finanziell bezuschusst.**

Best Practice Beispiele

Mailand: In unserer Partnerstadt Mailand steht eines der grünsten Gebäude weltweit: Die Begrünung des ‚Bosco Verticale‘ („vertikaler Wald“) entspricht einer Waldfläche von 20.000 Quadratmetern. An dem innovativen Gebäude wachsen 900 Bäume, 5.000 Büsche und 11.000 Pflanzen. Allerdings war das Gebäude dadurch sehr teuer und gegenüber konventioneller Aufforstung deutlich weniger kosteneffizient ([Quelle](#)).

Vancouver: Vancouver setzt konsequent auf Nachhaltigkeit. Kanadas Metropole will die weltweit grünste Stadt werden, diese Ambitionen finden wir wichtig und gut. Fahrräder sind dabei ein wichtiger Bestandteil des Plans.

Miyawaki Wälder: Die [Miyawaki-Methode](#) ist aktuell eine der effizientesten Aufforstungsmethoden, die sehr kleinräumig eingesetzt werden kann. Die Idee ist, vor allem in urbanen Räumen auf Flächen, die mindestens so groß wie ein Tennisplatz sind, kleine Mischwälder anzulegen, die einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt, der Verbesserung der Luftqualität sowie der Wasserhaltekapazität des Bodens leisten. In den Mini-Wäldern können bis zu 25 verschiedene Arten gepflanzt und ein Wachstum von einem Meter pro Jahr erzeugt werden. Innerhalb von drei Jahren können so kleine Wälder im städtischen Raum entstehen, welche danach kaum noch Pflege bedürfen.

URBACT-Netzwerk „[Zero Carbon Cities](#)“ (ZCC): Dieses europäische Netzwerk beschäftigt sich bereits seit vielen Jahren mit Strategien und Maßnahmen zur Erreichung der CO₂-Neutralität. Um dieses Klimaschutzziel bis spätestens 2050 zu erreichen, planen die Städte im URBACT-Projekt, ein kommunales CO₂-Budget zu etablieren. Frankfurt beteiligt sich seit dem letzten Jahr an dieser Initiative, ein aus unserer Sicht wichtiger Schritt.

Utrecht: Die Stadt hat hunderte von Bushaltestellen-Dächern begrünt. Diese sehr simple, aber effektive Maßnahme bekämpft Feinstaub, Artensterben und sorgt für ein besseres Klima. So kann die bisher ungenutzte Fläche den Menschen und auch den Insekten zu Gute kommen.

London: In 2016 wurde die Kampagne #Oneless ins Leben gerufen, um die Plastikverschmutzung der Gewässer zu bekämpfen. Das Netzwerk bestehend aus Stadt, Gemeinden, Unternehmen und NGOs hat im Rahmen der Kampagne bereits über 150 Trinkwasserbrunnen in London installiert, durch die jährlich mehrere hunderttausend Plastikflaschen vermieden werden. ([Quelle](#))

Mobilität der Zukunft

Einfacher, intelligenter und gesünder fortbewegen.

In Frankfurt pendeln täglich mehrere Hunderttausend Menschen ein und aus ([Quelle](#)). Die Stadt wird dadurch tagsüber zu einer Millionenstadt. Auch innerhalb der Stadt pendeln die Menschen täglich zur Schule, zur Uni, zu Freizeitaktivitäten, zum Arbeitsplatz oder Sonstigem. Die **Mobilitätswende** hin zu einer CO2-neutralen Mobilität wird angesichts dieser Fakten und der Herausforderungen rund um den Klimaschutz

zweifelsfrei eine der großen ökologischen und sozialen Herausforderungen der kommenden Legislaturperiode darstellen. Wir sind davon überzeugt, dass eine echte Verkehrswende deutlich mutigere Schritte erfordert. Ein besonderes Augenmerk werden wir dabei auf den **Ausbau der Radinfrastruktur** legen. Daneben fördern wir eine sinnvolle **Weiterentwicklungen des ÖPNV**.

1. Ausbau des Radverkehrs

Frankfurt ist eine sehr stark verdichtete Metropole, was gerade im Verkehrsbereich wegen des reduzierten Platzes für Herausforderungen sorgt. Andererseits bergen die geringen Distanzen zwischen den Stadtteilen und die generell günstige Topographie eine sehr große Chance. Ob zu Fuß oder mit dem Rad – theoretisch sind die Ziele innerhalb der Stadt immer gut zu erreichen. Wer allerdings mit dem Fahrrad in Frankfurt unterwegs ist, merkt leider sehr schnell, wie umständlich und gefährlich das Radfahren ist. Insbesondere die schlechte Konnektivität der Radwege führt zu großen Schwierigkeiten für Radfahrer*innen. Es sind insgesamt immer noch deutlich zu viele Autos auf den Straßen und gleichzeitig viel zu wenig geeignete Möglichkeiten für den Radverkehr vorhanden. Dabei würde der Umstieg aufs Rad zahlreiche Vorteile bieten: Radfahren ist auf kurzen Strecken am schnellsten, es ist gesünder, flexibler, kostengünstiger, es entstehen dadurch keine Staus, es ist emissions- und lärmfrei und der Bau der Infrastruktur ist um ein vielfaches günstiger ([Quelle](#)). Das alles sind sehr gute Gründe, um **aus Frankfurt eine Fahrradstadt zu machen**.

Hierfür genügt es nicht, Fahrradspuren lediglich rot einzufärben. Dies verbessert zwar die Sichtbarkeit und macht die Spuren damit sicherer als zuvor, es kann jedoch nicht die einzige Maßnahme bleiben, um aus Frankfurt eine Fahrradstadt zu machen. Farblich markierte Fahrradspuren mit oftmals nur 1,5 m Breite führen nachweislich nicht zu mehr Radverkehr, da viele Radfahrer*innen keine substantielle Veränderung wahrnehmen. Unter Radverkehrsexpert*innen ist man sich einig, dass das weit verbreitete Unsicherheitsgefühl die zentrale Hürde für den Umstieg auf das Fahrrad ist. Und der Anteil der mit dem Rad zurückgelegten Wege liegt in Frankfurt – einer sehr kompakten Stadt – bei lediglich 13%; in Städten wie Kopenhagen oder Amsterdam ist er mehr als doppelt so hoch. Und tatsächlich: Kopenhagener Radfahrer*innen haben ein 13-fach niedrigeres Unfallrisiko als Frankfurter Radfahrer*innen zu verzeichnen ([Quelle](#)).

Insbesondere **Hochbord-Radwege** und baulich abgetrennte Spuren bieten signifikant mehr Sicherheit. Sie ermöglichen es, dass auch Kinder, Senior*innen und unerfahrene Radfahrer*innen sicher fahren können. **Wir streben eine Verkehrswende an, welche den Fuß- und den Radverkehr gegenüber dem Autoverkehr in den Fokus nimmt.** Der Ausbau für den Radverkehr soll ohne eine Flächenminderung für den Fußverkehr und den ÖPNV erfolgen. Wir kommen mit diesen Vorhaben also nicht daran vorbei, den Platz für parkende Autos am Straßenrand und generell auf den Straßen zu reduzieren, damit stattdessen ein ausgebauter und baulich abgetrennter Radweg ermöglicht werden kann. Mit den bestehenden Straßen können wir pragmatische Lösungen für den Radverkehr unmittelbar verwirklichen: Zweispurige Straßen für den Autoverkehr können auf eine Spur reduziert werden, um dem Radverkehr genügend Platz zu gewähren. Auch Überholverbote für Autofahrer*innen können die angespannte Situation für den Radverkehr erheblich entspannen.

Um den Individualverkehr langfristig zur überwiegenden Nutzung des Fahrrads zu bewegen, ist es wichtig, die **Pro-Kopf-Investitionen** der Stadt in die Radinfrastruktur deutlich zu steigern, ein **leistungsfähiges Radwegenetz** inklusive **Fahrrad-Schnellstraßen** (Fahrrad-Highways) in der Stadt und in Verbindung zu umliegenden Städten zu errichten sowie einfache, aber sichere **Parkhäuser und Abstellplätze für Fahrräder** zu bauen. Damit steigern wir die Attraktivität für den Radverkehr signifikant und erzielen eine Steigerung des Radverkehrs-Anteils am gesamten Verkehrsaufkommen. Wir unterstützen daher die umfassenden Forderungen des Radentscheid Frankfurt und die geplanten Maßnahmen aus dem im August 2019 gefällten Beschluss „Fahrradstadt Frankfurt am Main“.

2. Zukünftige Rolle von Autos in der Stadt

Der Kohlendioxidausstoß der Stadt Frankfurt hat in allen Bereichen außer dem Verkehrsbereich abgenommen. Wir wagen deshalb einen Blick zurück und gleichzeitig nach vorn: Was wäre, wenn das Auto aufgrund wirklich attraktiver Alternativen an Bedeutung verlieren würde? Dies gelingt jedoch nur, wenn wir smarte Verbindungen zwischen den verschiedenen Alternativen schaffen: **technische Möglichkeiten, Infrastruktur für Alternativen, finanzielle Anreize und digitale Innovationen.**

2.1 Nachhaltiger und gerechter mit der City-Maut

Achtzig Jahre lang wurde die Stadt rund um das Auto geplant – das wollen wir jetzt ändern. **Die City-Maut wäre ein erster Schritt**, um nicht notwendigen Verkehr aus der Innenstadt zu leiten und **den Ausbau von Rad- und ÖPNV-Infrastruktur gegenzufinanzieren.** Wer mit dem privaten PKW in die Innenstadt will, soll zukünftig einen gerechten Beitrag zu den öffentlichen Finanzen beisteuern. Anwohner*innen, Lieferverkehr, Notfalldienste und mobilitätseingeschränkte Personen sind davon ausgeschlossen. Wir werden des Weiteren Ausnahmen für Autos mit nachhaltiger Antriebsart, für Rettungskräfte und für z.B. Handwerks- oder Baubetriebe schaffen, welche häufig außerhalb der Stadt oder am Stadtrand angesiedelt sind. Führende Umweltverbände sowie der Rat der Wirtschaftsweisen sind gleichermaßen überzeugt

von der Wirksamkeit einer City-Maut. Hinsichtlich der Wirksamkeit und Umsetzung einer City-Maut stützt sich Volt Frankfurt auf aktuelle Ergebnisse aus der Mobilitätsforschung (Quelle 1, Quelle 2). Eine entsprechende Expert*innengruppe soll mit Hilfe von Computermodellen ein individuelles Design für unsere Stadt entwerfen. Wir bevorzugen Modelle, bei denen die Preise je nach Größe und Schadstoffemissionen der PKW gestaffelt sind. Die Mobilitätsforschung verdeutlicht, dass die hohe Priorität, welche die Politik dem Autoverkehr beimisst, den Ausbau von Alternativen verhindert.

Zusammenfassende Darstellung der Vorteile einer City-Maut (Quelle):

- Die City-Maut schafft Gerechtigkeit, da die verursachten externen Kosten durch Bau und Unterhalt von Straßen und Parkplätzen, Lärm- und Luftverschmutzung etc. von den Nutzer*innen getragen werden und nicht von der Allgemeinheit.
- Durch eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs werden sich sowohl die Luftqualität erheblich verbessern, als auch die CO₂-Emissionen verringern. Die bislang wenig wirksamen Dieselfahrverbote in anderen Städten oder drastischere Sperrungen werden damit hinfällig.
- PKW-Fahrer*innen, insbesondere solche, die auf die Nutzung ihres PKWs angewiesen sind, profitieren von einer weniger angespannten Verkehrssituation und einem verbesserten Distanz-Zeit-Verhältnis.
- Mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Mittel kann der ÖPNV durch eine kürzere Taktung und einen kostengünstigeren Preis deutlich benutzer*innenfreundlicher gestaltet werden. Die Erreichbarkeit des ÖPNV kann mittelfristig durch einen Ausbau des Systems verbessert werden.
- Die Einführung einer City-Maut soll auf der Grundlage der bestehenden Best Practice-Erfahrungen in London, Oslo und Stockholm erfolgen. Zielgröße ist **eine Reduktion des Autoverkehrs binnen fünf Jahre um 20 Prozent.**

Die City Maut soll außerdem:

- vollständig zweckgebunden sein. Sämtliche Einnahmen fließen hierbei in den Ausbau und die Kostenvergünstigung des ÖPNV (vgl. Stockholm).
- durch ein einfaches digitales Erhebungssystem gestaltet oder direkt an den Kauf eines Wochen- bzw. Monatsticket gekoppelt werden.

Für Besucher*innen, Pendler*innen und den Tourismus werden wir Alternativen schaffen, mit denen der Wagen außerhalb der Stadt abgestellt und der Weg in die Innenstadt mit dem ÖPNV vorgenommen werden kann. Wir machen uns deshalb neben der City-Maut auch für einen Ausbau der Kapazitäten der **Park&Ride-Haltestellen** in der umliegenden Region stark (Quelle).

Während Volt Frankfurt von der Effizienz einer City-Maut überzeugt ist, sind die rechtlichen Grundlagen für die Einführung einer solchen nicht eindeutig und höchstwahrscheinlich nicht alleine auf kommunaler Ebene umzusetzen. Entweder müsste das Bundesland Hessen die Geldleistungspflicht im (Landes-)Straßengesetz neu regeln (so könnte die Abgabe frei nach den Bedürfnissen der Kommune errichtet werden) oder die Stadt Frankfurt gestaltet

die Bepreisung als Luftreinhaltegebühr auf Grundlage des bereits bestehenden Luftreinhalteplans. Letzteres ist zwar mit weniger Aufwand umsetzbar, allerdings kann eine Gebühr dann nur mit der Zweckmäßigkeit der Schadstoffreduktion erhoben werden und nicht etwa mit dem Ziel, damit den ÖPNV mitzufinanzieren. Deswegen wird sich Volt Frankfurt vom Römer aus auch auf Landesebene für eine Änderung des Straßengesetzes einsetzen.

2.2 Autofreie Zonen für ein lebenswertes Frankfurt

Man kann es sich kaum vorstellen, aber bis vor einigen Jahrzehnten fuhren noch Autos auf der Zeil, und erst vor rund 10 Jahren wurde die Hauptwache autofrei. Was damals Aufschreie bei Wirtschafts- und Autoverbänden auslöste, ist heute selbstverständlich und trägt zur Lebensqualität in Frankfurt bei. Mit der testweisen Sperrung des Mainkai für den Autoverkehr wiederholt sich die Debatte und wir sind uns sicher: Die autofreien Zonen werden Frankfurt lebenswerter machen und das Stadtbild positiv beeinflussen. Die Menschen könnten sich am Mainufer sorgenfrei bewegen und hätten mitten in der Stadt Platz für Freizeitaktivitäten. Volt Frankfurt fordert eine **dauerhafte Sperrung des Mainkai für den Autoverkehr**. Diese soll von Verkehrsforscher*innen intensiv beobachtet werden, um überblicken zu können, wie sich dies auf die gesamte Verkehrslage in der Stadt auswirkt. Des Weiteren müssen auch andere wichtige Einkaufsstraßen und viel besuchte Räume, wie beispielsweise die Berger Straße und die Leipziger Straße, von Durchfahrtsverkehr befreit werden, ausgenommen Anwohner*innen und Lieferverkehr. Nur so können wir Frankfurt langfristig lebenswerter machen. Die für die Bürger*innen zurückgewonnenen Flächen sollen zudem entsiegelt und begrünt werden. Des Weiteren werden wir die frei gewordenen Flächen in Spielplätze oder Parks umfunktionieren und diese auch der Gastronomie zugänglich machen.

2.3 Mobilität fairer gestalten

Die Mobilität in Frankfurt muss nicht nur nachhaltiger, sondern auch fairer werden – und das möglichst unkompliziert. Deshalb fordert Volt Frankfurt, den Empfehlungen des Verbands der Automobilindustrie (VDA) zu folgen und die Kosten für Anwohner*innenparkplätze an das Einkommen der Bewohner*innen zu koppeln, statt für Gering- und Mehrverdienende die gleichen Kosten zu erheben. Den Kommunen soll zudem mehr Spielraum für das Parkraummanagement öffentlicher Stellplätze eingeräumt werden. **Statt Gebühren soll die Stadt Frankfurt künftig Preise für deren Nutzung erheben dürfen, denn so kann das Parken in Spitzenzeiten verteuert und anderswo gesenkt werden.** Außerdem spricht sich Volt Frankfurt dafür aus, dass es langfristig – mit einer Ausnahme für E-Autos – keine kostenfreien Parkplätze mehr im Innenstadtgebiet und in Gegenden mit großer Platznot geben darf. Dadurch kann die Nutzung des ÖPNV und des Radverkehrs gegenüber der Nutzung des Autos attraktiver gemacht werden.

3. ÖPNV für alle

Frankfurt hat zwar bereits eines der besten ÖPNV-Netze Europas. Anhand von Vorbildern aus anderen europäischen Städten erkennen wir jedoch, dass nach wie vor Verbesserungspotenziale bestehen. Wir haben es außerdem mit einem sehr stark ausgelasteten ÖPNV zu tun, weshalb der Ausbau der Kapazitäten unerlässlich ist. Frankfurt hat die Möglichkeit, aus einem sehr guten ÖPNV-Netz ein exzellentes zu machen.

3.1 Günstigere Tickets für unsere Region

Die Stadt Frankfurt prüft derzeit die Implementierung eines 365-Euro-Tickets für den Nahverkehr. Damit wäre es für umgerechnet einen Euro pro Tag möglich, den ÖPNV im ganzen RMV-Gebiet zu nutzen. Für Schüler*innen, Auszubildende und Senior*innen gibt es dieses Konzept in Hessen bereits. Der Vorteil einer solchen Flatrate ist neben der Einfachheit für die Nutzer*innen auch die potenziell gesteigerte Attraktivität des ÖPNV. Zur Zeit unterstützen wir die Einführung eines allgemeinen 365-Euro-Tickets allerdings nicht, da Studien suggerieren, dass diese Maßnahme nicht dazu beiträgt, den Autoverkehr zu reduzieren; damit wäre das primäre Ziel dieser Maßnahme nicht erfüllt. In Wien beispielsweise blieb der Anteil des Autoverkehrs nach der Einführung eines 365-Euro-Tickets konstant. In der Stadt Tallinn (Estland), wo der ÖPNV sogar kostenlos ist, stiegen dadurch Fußgänger*innen und Radfahrer*innen um, nicht die Autofahrer*innen ([Quelle 1](#), [Quelle 2](#), [Quelle 3](#)). Neben dem finanziellen Anreiz ist eben insbesondere die generelle Attraktivität des ÖPNV-Netzes von größter Relevanz. Die zusätzlichen Kosten für die Stadt Frankfurt werden auf mindestens 150 Millionen Euro pro Jahr geschätzt – es besteht daher die Gefahr, dass der ÖPNV in Frankfurt unattraktiver wird, da die Gelder für den Ausbau des ÖPNV-Netzes fehlen. Wenn man dann noch bedenkt, dass die Kapazitäten des Frankfurter ÖPNV bereits heute an ihre Grenzen kommen, spricht vieles dafür, den Ausbau zu priorisieren: Sind die Grundlagen für einen attraktiven und belastungsfähigen ÖPNV geschaffen, kann erneut über ein 365-Euro-Ticket nachgedacht werden.

Wir fordern eine **günstigere Jahresflatrate** sowie **spürbare Investitionen** in den ÖPNV. Wir begrüßen daher wichtige Infrastrukturprojekte wie die „Ginnheimer Kurve“ oder die „Regionaltangente West“. Letztere wurde unter anderem durch Gelder der EU finanziert. Die Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur und die günstigeren Tickets werden wir durch die Einnahmen aus der von uns geforderten City-Maut finanzieren. Zudem fordern wir die Einführung eines möglichst unbürokratischen und kostenlosen **Sozialtickets**, das sich bedarfsorientiert an Menschen richtet, welche sich die Jahresflatrate nicht leisten können.

3.2 Elektrobusse und Modernisierung

Für den Klimaschutz ist es essentiell, dass auch der ÖPNV emissionsfrei wird. Wir fordern, dass die Umstellung auf emissionsfreien und umweltfreundlichen Busverkehr aktiv verfolgt und zudem sichergestellt wird, dass **langfristig alle Elektrobusse zu 100% mit Ökostrom**

betrieben werden. Wiesbaden gilt für uns als Vorbild, da die Stadt ihre gesamte Busflotte gerade auf den Elektroantrieb umstellt (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen). Die Entwicklung hin zu intelligenten und nachhaltigen Verkehrsmitteln bietet außerdem eine große Chance, den öffentlichen Transport noch sicherer, bequemer, schneller und günstiger zu gestalten. Daher fordern wir, dass Projekte zum Thema Automatisierung und Optimierung des ÖPNV weiter gefördert werden, um das ÖPNV-Angebot stetig zu verbessern. Des Weiteren sollen bei Modernisierung, Umbau oder Neubau von öffentlicher Infrastruktur (wie z.B. Haltestellen) auch WLAN-Hotspots sowie Umwelt-Sensoren mit verbaut werden. Das Ziel ist es, einerseits die Attraktivität der Haltestellen für die Bürger*innen zu steigern und andererseits mithilfe der Sensorik wertvolle Daten, zum Beispiel über die Luftqualität oder die Lärmbelastung, zu erfassen.

Seit 2015 fährt die VGF leider wieder zu großen Teilen mit schmutzigen Kohlestrom und trägt damit zu einem hohem CO₂-Ausstoß bei (Quelle). **Wenn Elektrobusse und Bahnen mit Kohlestrom fahren, ist absolut nichts für den Klimaschutz getan. Wir fordern deshalb, dass die VGF schnellstmöglich wieder auf erneuerbare Energien umsteigt** und die Stadtregierung veranlasst, dass sie den Pachtvertrag mit der Mainova sobald wie möglich kündigt.

3.3 Ausbau des ÖPNV-Netzes

Ein Ausbau des ÖPNV ist essentiell, um dessen Attraktivität zu steigern und den steigenden Bedarf zu decken. Der ÖPNV muss deshalb eine höhere Priorität bekommen und soll zusammen mit dem Fahrrad zum Hauptverkehrsmittel in der Stadt werden. Basierend auf diesem Grundsatz muss das Netz intensiv ausgebaut werden. Welche konkreten Ausbau-Maßnahmen vorzunehmen sind, um zum Beispiel den Norden Frankfurts besser anzubinden, muss im Einzelfall basierend auf wissenschaftlichen Grundlagen analysiert und entschieden werden. Eine konkrete Maßnahme, für die wir uns einsetzen, ist die **Überprüfung einer Ringbahn um die Stadt**. Somit sollen verschiedene Punkte am Rande Frankfurts und im Umland besser miteinander verknüpft werden, ohne, dass Fahrgäste erst einen Umweg durch die Stadtmitte nehmen müssen. An verschiedenen Knotenpunkten der Ringbahn würden Park&Ride und Car-Sharing Stationen sowie bereits bestehende ÖPNV-Verbindungen eine flüssige weiterführende Anbindungen bieten.

4. Offen für neue Formen der Mobilität

Frankfurt muss mutig sein und Mobilität als Ganzes innovativer denken. Können wir Pakete zukünftig mit der Straßenbahn ausliefern und würde eine Seilbahn nach Offenbach vielleicht eine günstigere Alternative zum klassischen Schienenverkehr darstellen? Diesen langfristigen Zukunftsvisionen werden wir uns nicht verschließen. Volt Frankfurt wird sich deshalb im Römer für eine progressive und zukunftsgegenwärtige Verkehrspolitik aussprechen, welche die Menschen in den Blick nimmt, statt an der Vormachtstellung des Autos festzuhalten.

4.1 Sharing-Angebote

Obgleich sich Car- und Ridesharing-Angebote rapide ausweiten, schöpft unsere Stadt aufgrund der fehlerhaften Rahmenbedingungen nicht das Potenzial aus, welches die Fahrdienste im Sinne einer Mobilitätswende bieten. Für viele Frankfurter*innen stellt die Nutzung von Carsharing immer noch keine Alternative zum privaten PKW dar. Ähnlich verhält es sich mit dem derzeitigen Ridesharing-Angebot, das – anstatt die Verkehrssituation zu entlasten – mitunter für mehr Verkehr auf den Straßen sorgt. Unter den bestehenden Rahmenbedingungen fördert Ridesharing den Bequemlichkeitsverkehr und stellt keine Alternative zum Auto, sondern vielmehr eine direkte Konkurrenz zum ÖPNV dar. **Shared Mobility ist dagegen für unsere Stadt eine Riesenchance** und ein wesentlicher Baustein eines zukunftsweisenden Mobilitätsnetzwerkes. Volt Frankfurt ist davon überzeugt, dass die Koppelung der Maßnahmen

1. Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und
2. Beteiligung der Privatautos an den verursachten Kosten

Rahmenbedingungen schaffen, die das Potenzial der Shared Mobility entfalten. **Durch eine zentrale Koordination der Ridesharing-Angebote und den Ausbau des stationären Carsharings ist eine flächendeckende Mobilitätsversorgung sicherzustellen.**

4.2 Mobilitäts-App

Von einer Smart City kann die Stadt auch beim Thema Mobilität stark profitieren: Aktuell gibt es für die verschiedenen Fortbewegungsmöglichkeiten einzelne Plattformen. Das macht es kompliziert, spontan die passende Option zu finden und verlangt außerdem, private Daten an verschiedenste Unternehmen weiterzugeben. **Volt fordert die Einrichtung einer städtischen Plattform, die die Menschen über die verschiedenen Fortbewegungsmöglichkeiten informiert.** ÖPNV und Sharing-Angebote sollen in einer App zusammengeführt werden, um den Frankfurter*innen eine unkomplizierte Nutzung der Verkehrsmittel zu ermöglichen. Dass dies möglich ist, zeigen Apps in verschiedenen deutschen Städten. Volt Frankfurt fordert, dass sich auch der Magistrat mit der Entwicklung einer solchen Plattform beschäftigt. Diese sollte als Open-Source zur Verfügung stehen; schon bei der Entwicklung sollten Bürger*innen und NGOs wie der Chaos Computer Club involviert werden, um Nutzerfreundlichkeit und vor allem Datensicherheit zu maximieren. Anbieter*innen, sei es von Leihwagen, E-Scootern, ÖPNV oder Unternehmen wie Uber/Taxiunternehmen, wollen wir dazu bewegen, ihre Informationen mit der Stadt zu teilen und entsprechend in dieser Plattform zur Verfügung zu stellen.

4.3 Sharing Economy für Park & Ride

Die Stadt Frankfurt muss prüfen, ob **private Flächen für die Nutzung als Park & Ride Parkplätze angemietet** werden können. Durch die Nutzung von Technologien des „Internet of

Things“ (d.h. Technologie, die darauf abzielt, Gegenstände der städtischen Infrastruktur wie Schranken, Ampeln etc. direkt mit dem Internet zu verbinden), können bestehende Schrankensysteme z.B. auf Firmen- oder Behördenparkplätzen digitalisiert und bei geringer Auslastung (z.B. am Wochenende) der Allgemeinheit gegen ein Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Die Prüfung dieser Privatflächen sollte:

evaluieren, inwiefern private Flächen mit einer guten ÖPNV Anbindung bestehen
eruiieren, welche IT-Lösungen es am Markt gibt und mit welchen Kosten eine Anbindung bestehender Flächen verbunden wäre
den Kosten-Nutzen-Faktor im Vergleich zum konventionellen Ausbau von Parkplätzen berechnen.

Der Vorteil dieses Vorgehens besteht darin, dass bestehende Flächen genutzt und hohe Kosten, die durch einen Neubau entstehen würden, vermieden werden. Außerdem verhindert es zusätzliche Versiegelungen von Böden. Für die privaten und öffentlichen Besitzer*innen der Flächen besteht die Chance, ihre bestehenden Betriebsflächen effektiv auszulasten und weitere Einnahmequellen zu erschließen.

Best Practice Beispiele

Sevilla: Sevilla ist ein Aushängeschild für eine fahrradfreundliche Entwicklung. Es handelt sich hierbei um eine Stadt, die eine ähnliche Bevölkerungsgröße wie Frankfurt aufweist und noch weitaus dichter bebaut ist. In nur wenigen Jahren schaffte es die Stadt von einem Fahrrad-Modalanteil von nur 0,2% auf 7%. Möglich wurde dies durch einen starken politischen Willen, Investitionen in ein gut ausgebautes Fahrradwegenetz sowie ein umfassendes Bike-Sharing-System. Der Ausbau des 80 Kilometer langen Fahrradwegenetzes verdeutlichte außerdem einen sehr großen Kostenvorteil gegenüber dem Ausbau des ÖPNV: Das Fahrradwegenetz kostete die Stadt 20 Millionen Euro und wird von täglich mehr als 70.000 Menschen genutzt. Die nur 18 Kilometer lange Metrolinie, welche 44.000 Menschen täglich nutzen, kostete dagegen 900 Millionen Euro ([Quelle](#)).

Kopenhagen: Die Stadt hat ein weltweit einzigartiges Fahrradwegenetz. 62% der Einwohner*innen fahren mit dem Fahrrad zur Arbeit oder zur Schule. Die Kopenhagener*innen fahren täglich 1,44 Millionen Kilometer mit dem Fahrrad ([Quelle](#)). Vier Fahrradbrücken wurden gebaut oder befinden sich im Bau. Die Stadt verfügt über 167 Kilometer neue Fahrradautobahnen: Sehr berühmt ist die sog. Bicycle Snake, eine 235 Meter lange schlangenförmige Geh- und Radwegbrücke aus Stahl.

Niederlande: Amsterdam durchlebt ein ähnlich hohes Bevölkerungswachstum wie Frankfurt. Daher müssen neue Routen gebaut werden, um mehr Fahrräder in der Stadt unterbringen zu können. Bis 2025 wird die Stadt über 11.000 Autoparkplätze im Stadtzentrum entfernen (1.500 pro Jahr), die durch Fahrradparkplätze, Straßenbäume und bessere Gehwege ersetzt werden sollen. Utrecht hat ebenfalls eine erstklassige Radverkehrsinfrastruktur vorzuweisen sowie einen hohen Anteil an Radfahrer*innen. (...)

(...) Neben intelligenten Verkehrssignalen für Radfahrer*innen und speziellen „Schnellspuren“ für E-Bikes baute die Stadt außerdem die weltweit größte Fahrradabstellanlage und erhöhte die Kapazität an ihrem Hauptbahnhof auf 22.000 Fahrradstellplätze ([Quelle](#)).

Zürich & Berlin: Beide Städte haben die dichtesten ÖPNV-Netze Europas. In keiner anderen europäischen Stadt gibt es so viele verschiedene Tram- und Buslinien pro Einwohner*in wie in Zürich. Die deutsche Hauptstadt Berlin besticht vor allem mit der hohen Konnektivität ihrer öffentlichen Verkehrsmittel. Mit der Ringbahn sind zudem die nebeneinanderliegenden Stadtteile sehr gut miteinander verbunden ([Quelle](#)).

Stockholm: Die Stadt konnte durch die Einführung einer City-Maut den Autoverkehr während den Stoßzeiten um 20% verringern ([Quelle](#)). Dies ist heute ein wesentlicher Grund, warum die Gebühr in Stockholm große Akzeptanz erfährt: Sie hat schnell nach der Einführung das gewünschte Ergebnis geliefert und den Stau reduziert. Der mutige Schritt hat sich also trotz großer Widerstände bei der Einführung gelohnt.

Wiesbaden: Aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Februar 2018 ging hervor, dass Fahrverbote in Wiesbaden verhängt werden können, wenn die Stickstoffdioxid-Grenzwerte regelmäßig überschritten werden. Dies hätte erhebliche negative Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Stadt, den Handel, die Wirtschaft und die Ver- und Entsorgungssysteme. Daraufhin lautete die Antwort der Stadt Wiesbaden: „[Masterplan Green City](#)“. Dies beschreibt ein Gesamtkonzept, welches die Digitalisierung des Verkehrs, die Vernetzung des ÖPNV, den Radverkehr, die Elektrifizierung des Verkehrs und die urbane Logistik umfasst. Hieran beteiligten sich unter anderem die Wissenschaft aus Darmstadt, die Politik, Verkehrsgesellschaften etc. Hierdurch wurden gesellschaftliche Veränderungen ohne Zwangsmaßnahmen ermöglicht. Wiesbaden hat als erste Stadt ein Diesel-Fahrverbot vor Gericht vermieden. Bis 2021 sollen z.B. 120 E-Busse Fahrgäste durch Wiesbaden befördern. In den Bussen gibt es außerdem freies WLAN und USB-Ladestationen.

Berlin: Mithilfe der [Jelbi-App](#) können sich Berliner*innen durch die ganze Stadt leiten lassen und dabei den ÖPNV, Sharing-Angebote, Fahrdienstleistungen sowie Roller und Leihfahrräder nutzen. Verschiedene Anbieter*innen, staatliche und private, haben sich in dieser App zusammengefunden und machen den Berliner*innen das Leben leichter und die Wege schneller.

Wohnen und Leben in Frankfurt

Der Markt regelt das nicht. Frankfurt muss mit den Mitteln des Marktes zur Vermieterin der Stadt werden.

Die Lage auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren spürbar angespannt. Waren es im Jahr 2000 noch 646.550 Menschen, die in der Metropole Frankfurt lebten, sind es mittlerweile 758.574 (Stand 31. Dezember 2019, [Quelle](#)). Laut Prognosen wird die Bevölkerung in Frankfurt bis 2040 gar um weitere ca. 16% ansteigen und damit bereits im Jahr 2027 die 800.000er Marke knacken ([Quelle](#)). Angesichts dieser Zahlen steht der Stadt in Zukunft eine Verschärfung der prekären

Situation auf dem Wohnungsmarkt bevor, solange wir nicht das Angebot an bezahlbaren Wohnungen vergrößern. Lassen wir den Wohnungsmarkt sich weiter so entwickeln wie bisher, droht das Wohnen endgültig zu einem Luxusgut zu werden: Frankfurt ist bereits jetzt nach München die zweitteuerste Stadt Deutschlands bei Neuvermietungen. Deshalb werden wir einen **innovativen** Weg aufzeigen, um das **Angebot an bezahlbaren Wohnungen nachhaltig zu vergrößern**.

1. Bezahlbarer Wohnraum für Frankfurt

Wir haben die Grundüberzeugung, dass die Wohnungsknappheit in wachsenden mitteleuropäischen Metropolen nur durch **den Bau von neuen Wohnungen und umfassend gefördertem Wohnraum** gelöst werden kann. Unser Vorbild ist Wien: Der Stadt gelingt es Wohnungen seit Jahrzehnten sozialverträglich zu vermieten. Daraus folgt die Erkenntnis: **Die Stadt Frankfurt muss die Vermieterin Frankfurts werden.**

1.1 Kommunale Anleihen zur Finanzierung städtischen Neubaus

Der Rückkauf und der Bau städtischer Wohnungen ist generell sehr teuer. Einerseits möchten wir gesunde städtische Finanzen erzielen, andererseits aber den Wohnungsmarkt wirkungsvoll entlasten. Zur Finanzierung städtischen Wohnungsbestandes schlagen wir deshalb vor, eine **städtische „Wohnungs-Anleihe“** aufzulegen. Diese Anleihe kann von institutionellen Investor*innen (z.B. Versicherungen, Stiftungen, Versorgungswerken) oder privaten Bürger*innen erworben werden. Auf dem Kapitalmarkt besteht, bedingt durch fehlende Zinsen, eine hohe Nachfrage nach risikoarmen Anlageformen. Aktuell wird diese nicht bedient, da gerade Staatsanleihen der Bundesrepublik Deutschland keine Zinsen abwerfen. Daher „sucht viel Geld nach einem sicheren Hafen“.

Der Vorteil einer Kommune: Sie verfügt mittelbar über ein Angebot an idealer Bonität; das heißt, sie ist als Schuldnerin ähnlich attraktiv wie die oben genannte Bundesrepublik. Diese Vorteile bringen wir zusammen und gründen eine Zweckgesellschaft, deren Eigentümerin die Stadt Frankfurt ist. Die Zweckgesellschaft wird dadurch unschlagbar günstig am Kapitalmarkt Gelder aufnehmen und mit diesen bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Selbst bei den angepeilten sozialverträglichen Mieten wird noch eine Gewinnspanne einkalkulierbar sein, welche die Zinskosten des Kapitalmarktes deckt. Der größte Vorteil ist: Die Zweckgesellschaft bietet langfristige Anleihen (ca. 10-30 Jahre Laufzeit), um damit Planungssicherheit für Investor*innen und für den Bau von sozialem Wohnraum im größeren Rahmen zu haben. Mit diesem Mechanismus bringen wir nicht nur Angebot und Nachfrage zusammen, sondern bringen Frankfurt vor allem auf den Weg zu einem sozialverträglichen, lebenswerten Wohnungsmarkt.

1.2 Sozialen Wohnungsbau fördern

Damit weiterhin auch Menschen in geringeren und mittleren Gehaltsklassen in Frankfurt wohnen können, sieht Volt es als essentiell an, dass der soziale Wohnungsbau ebenso wie der genossenschaftliche Wohnungsbau gestärkt wird. Beide werden immer dringender gebraucht, da gerade die kommerziellen Wohnungspreise kontinuierlich steigen. Die Stadt Frankfurt hat eine Sozialwohnungsbau-Quote von 30% eingeführt. Diese soll bei allen Bauprojekten nach Einführung der Quote greifen; real zeigt sich allerdings, dass sie bei einigen Projekten nicht eingehalten wird ([Quelle](#)). Volt Frankfurt fordert deshalb von der Regierung der Stadt, das Einhalten der Quote zu garantieren und Projekte, die diese missachten, nicht zu genehmigen. Wir befürworten außerdem weitere Förderungen von sozialem Wohnungsbau. Auch in den Hochhäusern der Stadt muss auf die soziale Wohnungsbau-Quote geachtet werden.

1.3 Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern

Zur Wohnungsknappheit in Frankfurt trägt auch die Zweckentfremdung von Wohnungen bei. Dabei werden Wohnungen durch Luxussanierungen oder Umwandlung in z.B. Ferienwohnungen dem Wohnungsmarkt entzogen. Volt Frankfurt setzt sich für eine Ausweitung und **konsequente Durchsetzung des Milieuschutzsatzes** ein, wodurch in den letzten Jahren bereits viele Wohnungen zurückgewonnen werden konnten. In den Gebieten, die unter den Milieuschutz fallen, kann die Genehmigung für Modernisierungen, Umbauten und Nutzungsänderungen versagt werden, wenn eine Gefährdung der vorhandenen sozialen Bevölkerungsstruktur besteht. Damit soll eine Verdrängung von Mieter*innen durch sogenannte Luxussanierungen verhindert werden.

Ein weiteres Problem ist das Leerstehen von Wohnungen zu reinen Spekulationszwecken. Diesem will Volt Frankfurt mit der Einführung einer Leerstandssteuer in Form einer Aufwandsteuer für Immobilien bzw. Wohnungen entgegenzutreten. Danach sollen alle Immobilien

bzw. Wohnungen, die länger als sechs Monate leer stehen, mit mindestens 25% der ortsüblichen Vergleichsmiete besteuert werden. Die eingenommen Steuern sollen zweckgebunden in die Erschließung von neuen Mietwohnungen fließen, z.B. in den Ankauf von Belegrechten und in den sozialen Wohnungsbau. Als Best Practice Beispiel ist hier die kanadische Stadt Vancouver zu nennen, die im Februar 2018 eine Leerstandssteuer eingeführt hat ([Quelle](#)).

1.4 Schaffung von neuem Wohnraum durch schonende Nachverdichtung der Stadt

Volt Frankfurt hält eine schonende Nachverdichtung für effizienter, nachhaltiger und umweltfreundlicher als eine flächenmäßige Expansion. Unter Nachverdichtung verstehen wir beispielsweise Hinterlandbebauung, Aufstockungen oder Andocken von Flächen zur Entstehung neuen Wohnraums. Häufig wird eine Nachverdichtung von Städten als negativ angesehen. Bedenkt man jedoch, dass gerade in den beliebtesten Stadtteilen von Frankfurt die Anzahl an Menschen, die auf einem Quadratmeter leben, besonders hoch ist, wird schnell klar, dass eine hohe Dichte nicht nachteilig sein muss: Wichtig dabei ist, dass die Infrastruktur in diesen Gebieten gut durchdacht ist und ausreichend Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, ÖPNV und Grünflächen zur Verfügung stehen (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen). Volt möchte durch Änderungen bauordnungs- und bauplanungsrechtlicher Vorgaben eine schonende Nachverdichtung mit guten Konzepten zur Infrastruktur fördern, um neuen Wohnraum in der Stadt zu erschließen.

2. In Würde leben

Nach Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht auf Wohnen. Dies verpflichtet den Staat – und zwar auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene –, ausreichend Wohnraum für alle Bürger*innen sicherzustellen. Dies gilt insbesondere auch für Geflüchtete und Menschen ohne Obdach. Innerhalb der EU besteht zudem das Recht auf Freizügigkeit, also der freien Wahl des Wohnsitzes und des Arbeitsplatzes, ohne eine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis beantragen zu müssen und ohne dabei diskriminiert zu werden. Des Weiteren garantiert die Charta der Grundrechte der EU das humanitäre Grundrecht auf Asyl.

2.1 Housing First

Trotz dieser Gesetze und Rechte leben in Frankfurt aktuell über 3.000 Menschen ohne eigene Wohnung und gelten damit als wohnungslos hinzu kommen 4.500 Geflüchtete, die ebenfalls mit Wohnraum versorgt werden müssen. Die meisten dieser Menschen leben in städtischen Notunterkünften und Heimen. Doch etwa 400 Menschen leben obdachlos auf der Straße – darunter einige EU-Bürger*innen, die von ihrem Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU Gebrauch machten ([Quelle](#)). Volt Frankfurt möchte dem Problem nachhaltig entgegenzutreten und dem Beispiel Finnlands folgen, welches durch sein „**Housing First**“-Prinzip die Obdachlosigkeit um 40% senken konnte (mehr dazu bei unseren Best-Practice Beispielen):

Jedem Menschen, der von Obdachlosigkeit bedroht ist, soll demnach die Möglichkeit einer sofortigen Unterbringung gewährleistet werden, ohne einen würdelosen Prozess durchlaufen zu müssen und ohne sich als „wohnfähig“ beweisen zu müssen. Des Weiteren sollen ausreichend Sozialarbeiter*innen zur Verfügung stehen, um die betroffenen Menschen hinreichend zu begleiten.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt hat eine im Jahre 2018 fertiggestellte, einschlägige Studie über obdachlose EU-Bürger*innen einbehalten. Diese wollte die Stadt bewusst geheim halten, da Teile der Verwaltung negativ bewertet werden. Wir beurteilen diese Vorgehensweise als maßlos intransparent, da durch Vertuschung keineswegs Probleme gelöst werden. Dank der Recherche der Frankfurter Rundschau sind dennoch einige zentrale Ergebnisse an die Öffentlichkeit gelangt: Die Wissenschaftler*innen beschreiben darin, dass die Frankfurter Behörden insgesamt recht restriktiv mit den in Not geratenen EU-Bürger*innen umgehen. Auch die Ausländerbehörde und das Sozialamt nutzen laut der Studie ihre Ermessensspielräume eher zulasten wohnungsloser EU-Bürger*innen. Die Ausländerbehörde bemühe sich, z.B. EU-Bürger*innen, die hohe Kosten verursachten, die Freizügigkeit zu entziehen und sie in ihre Herkunftsorte abzuschieben. Die Menschen ohne Obdach wünschen sich dagegen schlicht Wohnraum. Aus den Empfehlungen der Studie geht ebenfalls hervor, dass es das Wichtigste ist, den Zugang zu Wohnungen nicht an den Anspruch an Sozialleistungen zu koppeln. Dem fordern wir mit der Umsetzung des Housing-First-Prinzips vollständig nachzukommen.

2.2 Frankfurt – ein sicherer Hafen

Mit #europecares haben Freiwillige der Partei und politischen Bewegung Volt Europa eine eigene Kampagne gestartet, um zu zeigen, dass Europäer*innen die prekäre Situation in Geflüchtetenlagern insbesondere auf den griechischen Inseln und zu Zeiten der Covid-19-Pandemie nicht egal ist. Die Initiative hatte jedoch nicht nur ein Zeichen der Solidarität für gestrandete Geflüchtete zum Ziel, sondern zuallererst das Bereitstellen konkreter und effizienter Hilfsleistungen. Damit konnte #europecares mit seinen vielen Partnerorganisationen den Menschen auf den griechischen Inseln bis dato Hunderttausende Gesichtsmasken, Spendengelder sowie Wasch- und Hygienemittel zur Verfügung stellen. Grundsätzlich bedauern wir, dass es für das drängende Problem der überfüllten Massenunterkünfte nach wie vor keine europäische Lösung zwischen den Mitgliedsstaaten der EU gibt. Wir fordern, als lokale Partei und Bewegung sowie durch dem Einsatz unseres Abgeordneten Damian Boeselager im Europäischen Parlament, die sofortige Evakuierung der Geflüchtetenlager auf den griechischen Inseln. Es dürfen nicht noch mehr Menschen auf tragische Weise im Mittelmeer ertrinken. Wir unterstützen deshalb Kampagnen wie #leavenoonebehind.

In Frankfurt werden wir ebenfalls mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln dafür kämpfen, dass keinem Menschen, der in Europa ankommt, die Würde und das Recht auf Leben genommen wird. Den Geflüchteten muss eine würdevolle Unterbringung gewährleistet werden. **Wir fordern außerdem die Stadt dringend dazu auf, sich der internationalen Bewegung „Seebrücke“ anzuschließen und Frankfurt zu einem „sicheren Hafen“ zu**

erklären. Sichere Häfen fordern im Namen ihrer Bürger*innen die Entkriminalisierung der Seenotrettung und neue staatliche Rettungsmissionen. Sie heißen die aus der Seenot geretteten Menschen in ihrer Mitte willkommen – und sind bereit, mehr Menschen aufzunehmen, als sie von staatlicher Seite müssten. Weiterhin unterstützen wir vollumfänglich die elf Forderungen der Seebücke. In Hessen sind Wiesbaden, Darmstadt, Kassel, Gießen und Marburg, aber auch kleinere Nachbarorte wie Egelsbach oder Rüsselsheim bereits sichere Häfen. Frankfurt, das sehr viel Wert auf seine internationale Identität legt, konnte sich im Koalitionsstreit nicht darauf einigen. Wir fragen uns: Worauf wartet Frankfurt noch?

3. EU-Welcome-Desk

Volt Frankfurt will ein EU-Welcome-Desk für die Stadt Frankfurt etablieren, mit dem Ziel, die Ansiedlung bzw. die Arbeitsmigration von EU-Bürger*innen und internationalen Migrant*innen zu erleichtern. Das **EU-Welcome-Desk soll die erste Anlaufstelle der Menschen sein** und bereits im Vorfeld einer Übersiedlung nützliche Informationen zur Verfügung stellen. Das Angebot soll dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten unterstellt werden. Hier soll eng mit allen relevanten Ämtern und auch Institutionen, zum Beispiel den Universitäten, der Arbeitsagentur oder auch den Konsulaten sowie Unternehmen und Organisationen, insbesondere dem Willkommensportal des Regionalverbands FrankfurtRhein-Main, zusammengearbeitet werden. Letzteres widmet sich der Gewinnung von Fachkräften, denn der Wettbewerb um Fachkräfte zwischen den Regionen in Deutschland, Europa und der Welt nimmt immer stärker zu. Dies haben das Land und die Region bereits erkannt. Wir werden die Region ebenfalls im Wettbewerb um kluge Köpfe und nachhaltige Ideen unterstützen.

Die relevanten Informationen dieser Anlaufstelle werden von den sprachlich und interkulturell gut ausgebildeten Mitarbeiter*innen in verständliche und anschauliche Form (Checklisten, Prozessbeschreibungen) gebracht und den neuen Bürger*innen in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt. Die Aktualität der Informationen wird regelmäßig von den Bediensteten des EU-Welcome-Desk geprüft. Das EU-Welcome-Desk soll jedoch keine Behördengänge für die neuen Bürger*innen übernehmen, alle bestehenden offiziellen Behördengänge und Prozesse bleiben unverändert. Das EU-Welcome-Desk versteht sich als Moderator durch Informationen.

3.1 Buddy-System

Das EU-Welcome-Desk ist ein neues und einzigartiges Angebot der Stadt Frankfurt, um die für Volt wichtige europäische Integration weiter voranzutreiben. Wir möchten auch, dass ein vom EU-Welcome-Desk koordiniertes **ehrenamtliches Buddy-System** angeboten wird: Eine Person, die bereits lange in Frankfurt lebt, unterstützt eine Person, die neu in Frankfurt ankommt (Arbeitsmigrant*in oder Geflüchtete), bei Themen wie Freizeit, Kultur und Sport. Dieses Angebot soll selbstverständlich freiwillig sein. Die Buddys sollen vorher in einem oder mehreren verpflichtenden interkulturellen Workshops ausgebildet werden. Zudem soll die Stadt dieses ehrenamtliche Engagement zertifizieren. Beispielsweise an Universitä-

ten oder im Rahmen der Initiative „Start with a Friend“ hat man mit einem solchen System bereits gute Erfahrungen für die Unterstützung internationaler Student*innen und Migrant*innen gemacht.

Best Practice Beispiele

Wien: Der soziale Wohnungsbau in Wien hat bereits eine langjährige Tradition. Er funktioniert, weil er breiten Bevölkerungsschichten zugänglich ist, hunderttausende Wohnungen umfasst und die Kosten von der Gemeinschaft bereitwillig getragen werden. In allen Wiener Gemeindewohnungen kostet die Miete 5,80€ pro Quadratmeter, dazu kommen nur noch die Betriebskosten und 10% Steuern. 62% der Wiener*innen wohnen in einer dieser Wohnungen mit gedeckelten Mieten. Das wirkt sich auf den gesamten Mietmarkt aus und drückt die Preise nach unten. Die Wohnbauförderung kostet zwar jährlich 600 Millionen Euro, dies ist jedoch in Wien gesellschaftlich sehr stark akzeptiert. Das Besondere ist, dass in den Gemeindebauten Menschen unterschiedlicher sozialer Strukturen leben. Das hängt damit zusammen, dass circa 75 Prozent der Wiener*innen die Grundvoraussetzungen für eine städtische Wohnung erfüllen. Es gibt zum Beispiel eine Einkommens-Obergrenze von üppigen 44.000 Euro netto für eine Einzelperson. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Großstädten hat Wien ihren Wohnungsbestand im Laufe der Jahre behalten und nicht verkauft. Deshalb ist das Wien-Modell nicht eins zu eins auf andere Städte wie Frankfurt zu übertragen; doch das Grundprinzip der Stadt sollte uns dennoch als Orientierungshilfe dienen. Es zeigt uns, dass sich der soziale Wohnungsbau vor allem langfristig bewährt (Quelle).

Finnland: Überall in Europa steigt die Zahl der Obdachlosen – nur in Finnland leben immer weniger Menschen auf der Straße. Der Grund dafür ist das **Housing-First-Prinzip**. Die Menschen erhalten zunächst eine Wohnung, dann kommt der Rest. In Deutschland läuft das noch anders: Bevor Obdachlose über Hilfsprogramme eine Wohnung bekommen, müssen sie erst einmal ihre Wohnfähigkeit beweisen. Die Gefahr, auf dieser Leiter abzurutschen und wieder ganz unten zu landen, ist leider sehr hoch. Housing-First-Projekte sind in der Regel erfolgreich. Je nach Projekt leben 78 bis 90% der ehemals Obdachlosen auch nach zwei Jahren noch in den Wohnungen und werden psychisch stabiler. (Quelle)

Berlin: Eine wissenschaftliche Studie der TU Darmstadt errechnete anhand von Best Practice Beispielen, dass zusätzlich rund 2 Millionen Wohnungen in Deutschland durch Nachverdichtung entstehen könnten. Alleine 180.000 neue Wohnungen wären so in Berlin denkbar, indem durch Aufstockung und Umbau von Nicht-Wohngebäuden, wie Geschäftshäusern, Fabriken, Bürokomplexen sowie öffentliche Bauten und Parkhäusern, neuer Wohnraum erschlossen werden kann. Insbesondere Gebäude wie Tankstellen und Discounter bieten großes Potenzial in der vertikalen Nachverdichtung, da sie als Flachbauten ausreichend Platz für den Bau in die Höhe bieten. (Quelle 1 und Quelle 2)

Vancouver: Die kanadische Stadt Vancouver erhebt auf leerstehende Immobilien eine Steuer in Höhe von 1% des steuerpflichtigen Immobilienwerts. Diese greift, sobald eine Immobilie bzw. Wohnung für mehr als 180 Tage im Jahr ungenutzt bleibt. Die Einnahmen der Steuer werden in Projekte für bezahlbaren Wohnraum reinvestiert. (Quelle)

Digitalisierung, Wirtschaft und Finanzen

Smart City Frankfurt – Innovationen für eine nachhaltige Marktwirtschaft.

Frankfurt ist ein internationaler Wirtschafts- und Finanzstandort, der hunderttausende von Arbeitsplätzen schafft. Damit das so bleibt, werden wir Frankfurt zum Vorreiter in den Bereichen **E-Governance, Smart City und Wirtschaftsförderung** machen. Die Stadt sollte in der Lage sein, Bürger*innen und Unternehmen hervorragende Leistungen, wie beispielsweise eine stark vereinfachte Unternehmensgründung, anzubieten. Zur Sicherung einer langfristig

florierenden Frankfurter Wirtschaft setzen wir zudem auf **Innovation, Nachhaltigkeit und internationale (europäische) Kooperation**. Die Anwendung zukunftsweisender Technologien in der Wirtschaft wie in der Verwaltung wird sowohl einen essenziell wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften ermöglichen, als auch einen Grundstein für neue Arbeitsplätze und Unternehmen in Frankfurt legen.

1. Digitale Stadtverwaltung

Die Bürger*innen und die Bediensteten im öffentlichen Dienst sollen durch bediener*innenfreundliches und zukunftssicheres E-Government entlastet werden. Hierdurch werden wir auch einen **Mentalitätswechsel in den Verwaltungen** der Stadt hin zu einer aktiveren Unterstützung der Bürger*innen bei der Bewältigung von Verwaltungsprozessen einleiten. Während viele Frankfurter*innen die Kontakte mit der Verwaltung gerne komplett online erledigen würden, ist dies derzeit nur bei einem kleinen Teil ihrer Anliegen möglich. So ist es kein Wunder, dass die Bürger*innenämter immer noch überlaufen sind. Volt Frankfurt wird **digitale und einfachere Angebote für Verwaltungsprozesse etablieren** – denn in einer wirtschaftlich starken Stadt wie Frankfurt müssen Bürger*innen und Unternehmen notwendige Behördengänge schnell und einfach digital tätigen können. Dies schafft Effizienz und damit Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus muss Aufmerksamkeit für das Thema Digitalisierung in allen Frankfurter Ressorts geschaffen werden. Volt sieht Estland bei der digitalen Verwaltung als Vorbild. Estland ermöglicht die Erledigung nahezu sämtlicher behördlicher Vorgänge von zuhause aus (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen). Auch durch die zielgerichtete Umsetzung des durch die Bundesregierung in Deutschland im Jahre 2017 erlassenen Online-Zugangsgesetzes wird es bis zum Jahr 2022 möglich, viele Behördengänge in Frankfurt und ganz Deutschland online abzuwickeln. Um das Vertrauen der Frankfurter Bevölkerung in diese digitalen Veränderungen zu stärken, müssen Datenschutz und Datensicherheit bestmöglich sichergestellt sein. Sofern für Be

hördenaufgaben nicht notwendig und zwingend erforderlich, sollten Daten der Bürger*innen nur anonymisiert oder pseudonymisiert und nicht rückverfolgbar erfasst und erhoben werden. Die Stadt Frankfurt muss umfassende Feedback- und Informationsmöglichkeiten für Bürger*innen schaffen (mehr dazu bei „Bürger*innenbeteiligung“). Die Digitalisierung erfordert außerdem **einen konsequenten Umbau der Verwaltung zu einem System digitaler Services und digitaler Partizipation** von Frankfurter Bürger*innen. Hierbei steht der Stadt noch einiges an Arbeit bevor: Von 2.600 Leistungen sind gerade einmal 20 Verfahren vollständig automatisiert (Quelle). Die Umstellung auf E-Government bringt auch für die Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst erhebliche Änderungen im Arbeitsablauf mit sich. Eine frühzeitige Einbindung des Personals bereits in der Planungsphase und ausreichend Zeit für Schulungs- und Coachingmaßnahmen sind der Schlüssel zu einer am Ende für alle Beteiligten sinnvollen Lösung.

1.1 Barrierefreiheit, Transparenz und Sicherheit

Digitalisierung birgt auch Risiken – beispielsweise beim barrierefreien Zugang und im Hinblick auf Sicherheit und Datenschutz. Volt setzt sich dafür ein, dass durch technische Neuerungen keine Personengruppen benachteiligt werden. Zugänge zur digitalen Verwaltung müssen einfach und verständlich gehalten und in **allen gängigen Sprachen** verfügbar sein.

2. Smart City

Seien es Parksensoren, die Pkws helfen, freie Parkplätze zu erkennen, um so Staus oder unnötige Fahrten zu vermeiden und damit den Kohlendioxidausstoß verringern, oder „grünes Licht“ bei Ampeln für Rettungswagen und Einsatzkräfte, um die Effizienz einer Rettungsfahrt zu erhöhen und potenziell lebensrettende Sekunden zu gewinnen: **Digitalisierung bedeutet Chancen für intelligente Stadtlösungen**. In Frankfurt bleibt ein Großteil des immensen Verbesserungspotenziale durch Digitalisierung noch ungenutzt. Volt fordert deshalb eine **Digitalstrategie**. Dabei sollte Frankfurt eng mit anderen Europäischen Städten wie Barcelona, die auf diesem Gebiet weiter fortgeschritten sind, zusammenarbeiten. Damit profitieren wir gegenseitig von Erfahrungen und Innovationen. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Smart City ist auch die Erhebung und die gleichzeitig **intelligente Nutzung von Informationen**. Das kann über den Verkehr und das Müllaufkommen sein, aber auch **Umweltdaten** in der ganzen Stadt umfassen. Genauso wichtig ist eine größere und energieeffizientere Dateninfrastruktur. Volt möchte das **öffentliche WLAN in Frankfurt ausbauen**, um sicherzustellen, dass alle Bürger*innen Zugang zu den von der Stadt zur Verfügung gestellten Diensten haben.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass allgemeine, nicht-personenbezogene Daten, die von der Stadt erfasst werden (wie zum Beispiel Luftqualität), einfach und digital öffentlich zugänglich gemacht werden. Damit werden wir jedem Interessierten ermöglichen, diese Daten für Projekte in den Bereichen Forschung und Stadtentwicklung zu nutzen, die dann wiederum der Stadt zugute kommen können.

3. Wirtschaftsförderung

Mit 0,32% macht die Wirtschaftsförderung nahezu den geringsten Anteil des Frankfurter Haushaltes in 2019 aus ([Quelle](#)). Dabei ist die Wirtschaftsförderung eine wichtige kommunale Stütze, die sich einem steigenden Erwartungsdruck und einer schnell wandelnden Umwelt gegenüber sieht. Zudem stellt die Corona-Pandemie die Welt vor neue Herausforderungen. Die Wirtschaftsförderung Frankfurt wird sich in der Zukunft noch viel intensiver mit den Folgen des wirtschaftlichen Einbruchs befassen müssen. **Deshalb gilt es, die Wirtschaftsförderung auszubauen.**

Die Wirtschaftsförderung Frankfurt, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadt, sieht sich selbst als Mittlerin zwischen Wirtschaft und Politik. Ziel ist es, Wachstum und Arbeitsplätze für Frankfurt zu schaffen. Dabei setzt die Wirtschaftsförderung insbesondere auf Empfehlungen zu wirtschafts- und standortpolitischen Maßnahmen sowie das Vernetzen von Unternehmen, Verbänden, Communities und Berater*innen. Im Status Quo kann die Wirtschaftsförderung Frankfurt einige Erfolge für sich verbuchen: Die Zahl der Arbeitsplätze steigt; 2019 befanden sich 611.470 der 764.000 Einwohner*innen Frankfurts in einer sozialpflichtige Beschäftigung ([Quelle 1](#), [Quelle 2](#)). Für eine wirtschaftlich so starke Stadt wie Frankfurt ist das erfreulich, jedoch wenig überraschend.

Obgleich Frankfurt eine wirtschaftlich sehr gut situierte Stadt ist, gibt es auch hier viele Baustellen. Anwohner*innen wie Gewerbe beklagen einen Mangel an Wohn- und Gewerbefläche. Es wird deutlich: Frankfurt hat Platzmangel. Das hat nicht nur Auswirkungen auf bereits bestehende Betriebe, sondern auch auf zukünftige Betriebe. Gründer*innen fällt es aufgrund der hohen Mietpreise für Büro- und Wohnraum schwer, in Frankfurt Fuß zu fassen. Trotz der Erfolge des Frankfurter Gründerzentrums reichen diese Bemühungen keinesfalls aus. 2019 erreichten das Gründer*innenzentrum 320 Anfragen zur Vermietung - nur 43 Unternehmen bekamen einen Platz ([Quelle](#)). **Es müssen daher mehr städtische Shared- und Coworking-Angebote für Gründer*innen und Selbständige geschaffen werden, damit die Ideen der Zukunft nicht an den Mietpreisen von heute scheitern.**

Eine weitere Konsequenz der teuren Preise für Wohnraum und Gewerbeflächen, in Kombination mit der wachsenden Marktkraft des Online-Handels, ist die Verdrängung des Einzelhandels aus der Stadt. Dieses Problem ist nicht erst seit Kurzem bekannt, konnte bisher jedoch nicht effektiv bekämpft werden. In Darmstadt wurde hiergegen das **digitale Schaufenster** ins Leben gerufen: Dieses Projekt der [Digitalstadt](#) und bietet eine Art Online-Verzeichnis für lokale Geschäfte, Nutzer*innen können hier zentrale Informationen über z.B. Öffnungszeiten verschiedener Läden einsehen. Wir sehen eine etwas verbesserte und ausgebaut Version des digitalen Schaufensters auch als potenzielle Lösung für uns in Frankfurt; daher fordern wir einen Austausch mit der Stadt Darmstadt und Unterstützung bei der Bewertung des Projekts. Basierend auf den Daten der Bewertung werden wir das digitale Schaufenster weiterentwickeln, sodass beispielsweise eine direkte Bestellfunktion integriert, das Nutzer*innenerlebnis verbessert wird und schlussendlich das digitale Schaufenster eine echte, lokale Alternative zum großen Online-Handel darstellt.

Des Weiteren sehen wir Schwierigkeiten in der schleppenden Förderung nachhaltiger Projekte. Die Wirtschaftsförderung ist in diesem Bereich keinesfalls untätig, jedoch wird bereits beim Überfliegen des Jahresberichtes 2019 deutlich, dass **ein Großteil der Frankfurter Wirtschaft auf wenig nachhaltigen Industrien basiert**. Ein Beispiel dafür ist der Kampf für die Internationale Automobil Ausstellung (IAA), der Frankfurt eine große Bedeutung beimisst. Die Veranstaltung ist wirtschaftlich relevant, **dennoch wäre es viel wichtiger, die Wirtschaftsförderung mit ähnlicher Motivation für nachhaltigere Bereiche eintreten zu sehen**.

In der Gründer*innenszene hat Frankfurt durch die günstige Verkehrsanbindung, die Nähe zu Wirtschaft, Forschung und Messen sowie durch die Networking Kultur bereits einen guten Ruf. Nichtsdestotrotz kann Frankfurt nicht mit Standorten wie München oder Berlin mithalten. Das liegt eben nicht nur an den hohen Mietpreisen für Büro- und Wohnraum, sondern auch am Ruf der Main-Stadt: Frankfurt gilt nicht als hip, es fehlt eine stärker sichtbare Kreativszene. Zudem fliegen viele erfolgreiche Start-Ups unter dem Radar. Entweder werden ihre Produkte nicht für den*die durchschnittliche*n Konsument*in sichtbar, oder man bringt das Unternehmen nicht mit Frankfurt in Verbindung. Die Stadt muss sich in der Gründer*innenszene international besser vernetzen. Statistiken beweisen: Nur 41% der Produkte von Frankfurter Start-Ups sind für Kund*innen in aller Welt geeignet. In Berlin dagegen sind es 61, in London sogar 71% (Quelle). Zudem stellt Deutschland, ebenso wie Frankfurt, Gründer*innen erhebliche bürokratische Hürden in den Weg. Diese mögen ihre Legitimation haben, es sollte jedoch kritisch hinterfragt werden, ob eine Unternehmensgründung (abgesehen von bereits geforderten digitalen Lösungen) nicht effizienter und zeitsparender durchgeführt werden kann.

Konkret sieht Volt Frankfurt im Bereich Wirtschaftsförderung bei den folgenden Kernpunkten Handlungsbedarf:

1. Standort Frankfurt: Attraktive Gestaltung für Existenzgründungen und Unternehmen.
2. Kleines Frankfurt: Wirtschaftsförderung muss bedeuten, bezahlbare Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen und die Raumnutzung effizienter zu gestalten.
3. Nachhaltiges Frankfurt: Die Wirtschaft in Frankfurt muss nachhaltiger werden.
4. Internationales Frankfurt: Partnerschaften mit anderen europäischen Städten müssen ausgebaut werden.

3.1 Standort Frankfurt

Frankfurt hat viel Potenzial für Gründer*innen, kann jedoch nicht mit den Gründer*innenszenen in Berlin und München mithalten. Dafür gibt es verschiedene Ursachen: Frankfurt wird als nicht kreativ genug wahrgenommen. Hier gilt es, gezielter Werbung für den Standort Frankfurt zu machen und gerade kreative und technische Start-Ups anzulocken. Außerdem fließen nicht genug Gelder in die Gründer*innenszene. Die Wirtschaftsförderung ist hier der Schlüssel, um jungen Unternehmen zu helfen, die entsprechenden Fördergelder zu erhalten. Darüber hinaus mangelt es Frankfurt an internationaler Vernetzung. Gründungs-Workshops mit verschiedenen Start-Ups aus ganz Europa werden helfen, Frankfurt innerhalb Europas bekannter zu machen.

Wie wäre es außerdem mit einem neuartigen, öffentlichen **Outdoor Coworking-Space**? Dieser müsste mit ausreichend Schattenplätzen, Internet, Stromanschlüssen, genügend Sitzmöglichkeiten und einem Getränkeangebot ausgestattet sein. Einerseits soll jede*r eine Möglichkeit zum Lernen und Arbeiten in der Stadt erhalten, andererseits sind die Menschen gerne draußen in Gesellschaft und im Grünen. Dies könnte sich positiv auf das Wohlbefinden und die Arbeit oder das Lernen der Menschen auswirken. Deshalb regen wir das Stadtplanungsamt an, diese Idee aufzugreifen und zu prüfen.

Zusammenfassend fordern wir Folgendes:

- Ausbau des Coworking-Space-Angebots für kreative Startups
- Ausbau städtischer Coworking-Spaces, um die steigende Nachfrage abzudecken
- Wirtschaftsförderung als starke Partnerin für die Beantragung von Fördergeldern
- Gründer*innen-Workshops in Kooperation mit Start-Ups aus Europa

3.2 Kleines Frankfurt

Nicht nur der Wohnraum ist knapp, auch mangelt es, wie bereits im vorigen Kapitel erläutert, an bezahlbarem, innerstädtischen Raum für kleinere Betriebe (vor allem Handwerksbetriebe), den Einzelhandel und Start-Ups. Dass Wohnraum in Frankfurt teuer ist, ist kein Geheimnis. Besonders hart trifft dies jedoch nicht nur Privatpersonen, sondern auch Unternehmen und Dienstleister*innen. Für Einzelhandel, Handwerksbetriebe und junge Unternehmen ist Frankfurt aufgrund des begrenzten Raums schlichtweg zu teuer. Eine Lösung ist die bessere Einbindung des Frankfurter Umlandes. Gerade Startups müssen nicht zwangsläufig in der Innenstadt sitzen: Damit das Frankfurter Umland für Gründer*innen attraktiv wird, ist eine gute Vernetzung zur innerstädtischen Wirtschaftsszene unerlässlich. Ein weiterer Lösungsansatz ist die Nachverdichtung Frankfurts. Diese wird oft in Zusammenhang mit dem Wohnraumangel diskutiert; hier muss die Wirtschaftsförderung intelligente Lösungen der Frankfurter Wirtschaft mit einbeziehen.

Konkret setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- Die Wirtschaftsförderung muss bei der Nachverdichtung Frankfurts als Advokat für Unternehmen eintreten, um bezahlbaren Raum zur Verfügung zu stellen.
- Coworking Spaces im Frankfurter Umland brauchen eine gute Anbindung an das Frankfurter Wirtschaftsgeschehen.

3.3 Nachhaltiges Frankfurt

Wir haben erkannt, dass die Frankfurter Wirtschaft zu stark auf nicht nachhaltigen Wirtschaftspraktiken basiert. Nachhaltigkeit in der Wirtschaft implementiert und fördert Frankfurt aktuell nur mit einem einzigen Projekt: dem nachhaltigen Gewerbegebiet. Der Ansatz ist vielversprechend, jedoch nicht ausreichend, um Frankfurt im Bereich Nachhaltigkeit voranzutreiben. Die Wirtschaftsförderung könnte hier eine treibende Kraft werden, die Unternehmen Fördergelder und Beratungen für nachhaltige Transformationen zur Verfügung stellt. Ein weiterer Denkansatz wäre die Einrichtung eines Gründerzentrums für nachhaltige Unternehmen, um Frankfurt als Standort für Nachhaltigkeit zu bewerben. Außerdem werden wir eine Schnittstelle zwischen dem Frankfurter Energiereferat und der Wirtschaftsförderung hinsichtlich des Umweltmanagements schaffen (bereits im Teil „Nachhaltiges Wirtschaften“ bei „Frankfurt und die Klimakrise“ erwähnt).

Wir werden deshalb folgende Maßnahmen auf den Weg bringen:

- Wirtschaftsförderung muss als treibende Kraft für nachhaltige Projekte agieren
- Wir fordern die Einrichtung eines grünen Gründerzentrums
- Eine enge Kooperation mit dem Energiereferat der Stadt halten wir für eine Grundvoraussetzung.

3.4 Internationales Frankfurt

Aufgrund der vorteilhaften Lage innerhalb Deutschlands und Europas, aber auch dank der praktischen Anbindung an Luft-, Fern- und Nahverkehr, bietet Frankfurt ein hohes Potenzial für die internationale Wirtschaft – und schafft es bisher noch nicht, dieses vollständig auszuschöpfen. Der Frankfurter Flughafen ist für die Vernetzung in der Welt und als Arbeitgeber in der Region nicht wegzudenken. Nichtsdestotrotz ist Frankfurt als Wirtschaftszentrum, bis auf wenige Ausnahmen, innerhalb Europas noch nicht bekannt genug. Die Wirtschaftsförderung muss das Potenzial Frankfurts im Ausland gezielt bewerben und gute Bedingungen für ausländische Unternehmen schaffen. Die Frankfurter Gründer*innenszene muss sich innerhalb Deutschlands und Europas besser etablieren. Überregionale und internationale Kooperationen müssen gefördert und ausgebaut werden.

Zusammenfassend fordern wir Folgendes:

- Frankfurt soll durch die Wirtschaftsförderung als neue Finanzhauptstadt Europas beworben werden.
- Überregionale und internationale Kooperationen müssen ausgebaut und gefördert werden.

4. Finanzen

Die Einnahmen der Stadt Frankfurt sind in der laufenden Wahlperiode jährlich um einen dreistelligen Millionenbetrag gestiegen. So nahm die Stadt im vergangenen Haushaltsjahr 3.936.422.000 € ein; gleichzeitig erwirtschaftete sie in jedem Haushaltsjahr dieser Legislaturperiode ein Haushaltsdefizit im dreistelligen Millionenbereich. Im Haushaltsjahr 2019 betrug der Fehlbetrag 159.848.000 € (pro Kopf 5.405,73 €), trotz vergleichsweise hoher Einnahmen (Quelle). Der Stadtkämmerer plante bereits vor der Corona-Krise nicht mit einem ausgeglichen Haushalt in diesem und im nächsten Jahr. Daher ist es aus unserer Sicht notwendig, einerseits neue Einnahmequellen zu erkennen und andererseits die städtischen Ausgaben auf wichtige Investitionen in die Zukunft zu fokussieren sowie sämtliche Ausgabenposten auf den Prüfstand zu stellen.

Um die städtischen Einnahmen zu steigern, fordern wir (wie zum Teil bereits erwähnt) langfristig einen deutlich kosten-effizienteren Fokus auf die Fahrradinfrastruktur im Verkehrsbereich zu etablieren, Förderungsmöglichkeiten der EU, des Bundes und des Landes auszuschöpfen, kommunale Wohnungs-Anleihen aufzulegen und die Einführung einer City-Maut anzustreben. Mit dem Ziel, den Verkehr zu verringern, werden gleichzeitig auch weniger Kapazitäten der Ordnungsbehörden im Bereich Verkehrssteuerung und -überwachung benötigt, was Kosten einspart. Durch generell mehr Präventionsarbeit im Bereich Antirassismus (im Kapitel „Empowerment“) in der Gesellschaft und bei der Polizei hinsichtlich Racial Profiling erhoffen wir uns eine Verringerung der benötigten finanzielle Kapazitäten für das Überprüfen von Staatsangehörigkeit und Personenstand. Ebenso durch konsequente Aufklärungsarbeit und hohe Bußgelder für das Wegwerfen von Zigarettenkippen und insgesamt für das nicht-ordnungsgemäße Wegwerfen von Müll in der Stadt, werden wir Einsparungen bei den hohen Kosten für die Straßenreinigung erzielen. Zudem dürfen peinliche Fehler, wie bei der gesetzeswidrigen Auslagerung hoheitlicher Aufgaben im Zusammenhang mit der Überwachung von Parkverboten, nicht passieren: Einige erteilte Strafzettel von „Hilfsbeamten“ privater Firmen im Zeitraum von 2018 bis Ende 2019 konnten aufgrund dessen zurückgefordert werden. Auch die Rolle der Stadt im Zusammenhang mit dem AWO-Skandal beschädigt nachhaltig das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Gelder. Seit dem Jahr 2000 kontrollierte die Stadt die Gehälter der AWO Frankfurt nicht mehr, welche zum großen Teil mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. So kam es zu Fällen von exorbitanten Gehältern und luxuriösen Dienstwagen. Auch die Zweckentfremdung städtischer Zuschüsse und Vetternwirtschaft stehen noch im Raum. Das Fehlverhalten der früheren Spitzenfunktionär*innen führte zudem zu einer desolaten wirtschaftlichen Situation des Kreisverbandes, welcher über 1.100 Menschen beschäftigt. Aus unserer Sicht ist eine solche Verantwortungslosigkeit gegenüber den Beschäftigten der AWO und den Steuerzahler*innen nicht vertretbar. Wir

fordern nicht nur eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge, sondern werden generell bestehende Strukturen und öffentliche Posten regelmäßig auf den Prüfstand stellen, damit solche Skandale nicht mehr passieren.

Best Practice Beispiele

Estland: Das Land gilt seit Jahren als Vorbild in Europa und der Welt. Sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens wurden erfolgreich digitalisiert: Die Bürger*innen Estlands können statt auf das Amt einfach ins Netz gehen und ihre behördlichen Belange erledigen. Sei es die KFZ-Anmeldung, eine Ummeldung oder allgemeine Behördenerlaubnisse, wie das Anmelden einer Versammlung. Mehr als 3.000 Dienstleistungen – von Behörden und auch Unternehmen – können digital erledigt werden ([Quelle](#)). Ein Unternehmen kann innerhalb von drei Stunden gegründet werden und sogar die Wahlen erfolgen digital. Als Schlüssel zu den digitalen Möglichkeiten dient die Bürgerkarte, die gleichzeitig Ausweis, Führerschein, Versicherungskarte und mehr ist. Das Land arbeitet sogar schon an dem nächsten Schritt, der Automatisierung von Verwaltungsvorgängen, zum Beispiel bei einer Geburt: Das Krankenhaus würde den Nachwuchs sofort bei den Behörden anmelden. Damit einher ginge dann die Anmeldung bei der Krankenversicherung (in Estland gibt es nur eine) sowie die Registrierung von Sozialleistungen wie Kindergeld und weiterer Zuschüsse. Die Eltern des Neugeborenen würden in einer E-Mail darüber informiert werden auf welche Leistungen sie Anspruch haben. Die Nachricht bräuchten sie nur noch zu bestätigen. Die Antragstellung bei den Behörden, die bisher nach der Geburt nötig war, entfiel damit.

Barcelona: Barcelona nimmt seit 2012 intelligente Stadtlösungen vor, um den Lebensstil der Bürger*innen zu verbessern und die öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere im Verkehrsbereich, auszubauen. Das Verkehrssystem von Barcelona – Transports Metropolitan de Barcelona (TMB) – verfügt über effiziente Busverbindungen. Neben dem Busnetz aus diagonalen, vertikalen und horizontalen Linien werden die intelligenten Wartehallen mit Solarzellen betrieben und mit interaktiven Touchscreens ausgestattet, die die Wartezeiten anzeigen. Um den Kohlendioxidausstoß zu reduzieren, hat Barcelona intelligente Parksensoren eingeführt, die den Fahrer*innen helfen, freie Parkplätze in kürzerer Zeit zu identifizieren. Die Ergebnisse waren eine Verringerung des Verkehrsstaus und ein besserer Verkehrsfluss. Die Stadt kann außerdem „grünes Licht“ für Feuerwehr- und Krankenwagen geben, um so die Effizienz der Rettung zu erhöhen und potenziell lebensrettende Sekunden zu gewinnen. Kurz gesagt, das intelligente Verkehrssystem in Barcelona ist effizienter und zugänglicher für die Bürger*innen ([Quelle](#)).

Development of Regional Employment and Airport Areas Manpower (DREAAM): Acht europäische Partner*innen aus fünf EU-Ländern – darunter Frankfurt – haben sich in diesem Projekt zusammengeschlossen, um sich über bewährte Verfahren und Lösungsansätze bei der Fachkräftegewinnung in Flughafenregionen auszutauschen. Dieser Austausch wurde von Oktober 2018 bis September 2020 zudem über das europäische Förderprogramm Erasmus+ mit etwa 110.000 Euro gefördert.

Bürger*innenbeteiligung

Bürger*innenbeteiligung in Frankfurt nicht nur ermöglichen, sondern auch fördern.

Wir möchten erreichen, dass sich möglichst viele Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung auch zwischen den Wahlen am politischen Prozess beteiligen. Die kommunale Ebene ist dafür besonders geeignet: In der Stadt leben wir dicht beieinander und können uns persönlich begegnen. Außerdem sind kommunalpolitische Themen oft sehr nahe am täglichen Leben vieler Menschen. Wir werden daher die Kompetenzen der Frankfurter*innen nutzen, um möglichst gute Lösungen für unsere Stadt zu finden.

Dafür nutzen wir die Fortschritte in der Digitalisierung, die den Bürger*innen völlig **neue Möglichkeiten der Beteiligung an der städtischen Entwicklung** ermöglichen können. Damit uns das gelingt, sehen wir es als essentiell an, diese Möglichkeiten nicht nur zu schaffen, sondern die Menschen auch für die Nutzung dieser Möglichkeiten zu befähigen, zu informieren und zu motivieren. Wir plädieren außerdem für einen konstruktiven und höflichen Umgang in der Stadtverordnetenversammlung.

1. Demokratie-App

Im vergangenen Jahr 2019 gab es eine sehr wichtige Umfrage zum Thema "Smart City" in Frankfurt. Diese fand über die Beteiligungsplattform '[Frankfurt Fragt Mich](#)' statt, welche auch als App zur Verfügung steht. Hierbei nahmen jedoch gerade einmal 543 Menschen Teil ([Quelle](#)). In einer Stadt mit über 750.000 Einwohner*innen sollte diese Anzahl deutlich höher sein. Wir halten den Ansatz des Beteiligungsportals für sehr richtig. Richtiger wäre es aus unserer Sicht allerdings, die Beteiligung auch entsprechend zu fördern. Über wichtige Umfragen, wie die zum Thema „Smart City“, sollten schlicht alle Bürger*innen Frankfurts informiert werden (ohne dabei Wahlwerbung zu machen). In der 'Frankfurt Fragt Mich' App sollten außerdem alle relevanten und aktuellen Informationen zur Kommunalpolitik, zu Umfragen, zu Demokratiekonferenzen, zu Podien und zu öffentlichen Einrichtungen und Ämtern kompakt, zentral und transparent abrufbar sein und einen '**Demokratie-Guide**' darstellen. Kommunalpolitik muss insgesamt greifbarer gemacht werden. Bürger*innen müssen dazu motiviert werden und die niedrighschwellige Möglichkeit bekommen, auch neben der Ausübung des eigenen Berufes mitwirken zu können. Wir orientieren uns an dem Beispiel aus Reykjavik, wo sehr erfolgreich eine Beteiligungsplattform etabliert wurde (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen). Wir erwägen daher, wie in Reykjavik, 'Frankfurt Fragt Mich' zusätzlich mit einem jährlichen **Bürger*innenbudget** auszustatten: Dadurch könnten die Menschen in Frankfurt konkret über eigene Projekte entscheiden.

2. Jugendparlament

Die Sinus-Jugendstudie zur Lebenswelt von 13- bis 17-Jährigen ergab, dass sich ein Großteil der Teenager in Deutschland von der Politik weder gehört noch ernst genommen fühlt (Quelle). Auch durch eine immer älter werdende Bevölkerung haben wir es mit einer zunehmenden Kluft zwischen den Interessen der jungen und der älteren Generationen zu tun. Wir haben dieses Problem als sehr junge Partei bereits selbst erlebt. Wir werden die Jugendlichen deshalb stärker aktiv in die politischen Prozesse und Entscheidungen einbinden. Spätestens in einem Jahr soll es ein Jugendparlament in Frankfurt geben, derzeit arbeitet eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Frankfurter Jugendrings an einem Konzept. **Wir unterstützen dieses Vorhaben und fordern, dass das Jugendparlament eigene Anträge in der Stadtverordnetenversammlung einbringen kann.** Die zukünftigen Geschehnisse im Jugendparlament sollen dann in einer geeigneten Form –welche die Jugendlichen präferieren – über eine Online-Präsenz für alle Jugendlichen der Stadt zugänglich gemacht werden.

3. Transparenz in der Kommunalpolitik

Inzwischen ist es für die Menschen aufgrund der zunehmenden Komplexität der Politik – im Besonderen der Kommunalpolitik – sehr schwierig geworden, politische Entscheidungen und Prozesse nachzuvollziehen und zu kontrollieren. Dies kann zu einem Misstrauensverhältnis gegenüber den staatlichen Institutionen und zu Politikverdrossenheit führen. Da die staatlichen Institutionen ihren Bürger*innen dienen müssen, müssen sie auch stets in allen ihrer Handlungen transparent sein. Wir von Volt Frankfurt finden, die Kommunalpolitik in Frankfurt ist nicht transparent und kommunikativ genug, gerade für jüngere Menschen. Beispielsweise bietet die Stadt mit ihrer Suchmaschine „Parlis“ eine Möglichkeit, offizielle Dokumente, Mitteilungen und Protokolle der Stadt einsehen zu können. Diese Suchmaschine funktioniert jedoch weitaus schlechter als herkömmliche Suchmaschinen. Wir betrachten sie als technisch verbesserungswürdig, da sie in ihrer bestehenden Form ein hohes Maß an Vorkenntnissen erfordert. Diese Möglichkeiten zur werden wir in der Stadtverordnetenversammlung überprüfen. **Außerdem fordern wir, dass der Livestream der Stadtverordnetenversammlung selbstverständlich auch aufgezeichnet wird.** Damit käme die Stadt Frankfurt im heutigen technischen Zeitalter an und könnte so den Bürger*innen und Journalist*innen Frankfurts unabhängig von Ort und Zeit einen Einblick in die Debatten der Stadtverordnetenversammlung ermöglichen.

4. Demokratie erleben können

Wir wollen die Forderung aus dem Frankfurter Demokratiekonvent - zum Thema Bürgerbeteiligung aus dem Jahr 2019 (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen) - einen **“Frankfurter Konvent”** ins Leben zu rufen, umsetzen. Der Frankfurter Konvent ist ein zufälliges und möglichst repräsentatives Gremium aus zufällig ausgewählten Frankfurter*innen, das konkrete Handlungsempfehlungen für die Stadtverordnetenversammlung erarbeitet und einmal pro Halbjahr zu einem bestimmten Thema tagt. Zwischen den Teilnehmer*innen herrscht ‘Machtgleichheit’, wodurch in der Theorie ein gemeinsamer Wille entsteht. Die

Handlungsempfehlungen müssen zudem verpflichtend in der Stadtverordnetenversammlung angehört werden. Um eine wissensbasierte Diskussion zu ermöglichen, wird die Arbeit im Konvent von Expert*innen begleitet. Wir versprechen uns damit insgesamt, die Kommunikation zwischen der Stadt und den Bürger*innen zu stärken und die Qualität politischer Entscheidungen aufgrund der Unabhängigkeit der Bürger*innen zu verbessern. Des Weiteren muss die Stadt **genügend monetäre Mittel zur Verfügung stellen**, um den Teilnehmenden eine Aufwandsentschädigung finanzieren zu können. Auch der Forderung nach einer Stabsstelle für die Organisation des Frankfurter Konvents fordern wir nachzukommen.

5. FFM-O-Mat

Den Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) gibt es bereits seit dem Jahr 2002. Seither hat er sich zu einem festen Tool im Vorfeld von Europa-, Bundes- und Landtagswahlen entwickelt, der den Bürger*innen zur Wahlentscheidung verhilft. Insgesamt wurde er schon 82 Millionen Mal benutzt (Quelle). Wir finden dieses interaktive Wahlinstrument eine sehr gute und sinnvolle Möglichkeit, die eigenen politische Präferenzen zu erkunden und die Parteien, die zur Wahl antreten, kennenzulernen. Gerade für weniger politisch interessierte Bürger*innen bietet er eine niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeit. Für Kommunalwahlen gibt es diese Anwendung bisher noch nicht, was den Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung auch nicht zuzumuten wäre. Dennoch finden wir, dass diese Möglichkeit insbesondere bei den Kommunalwahlen sehr gut geeignet wäre, die Kommunalpolitik den Wähler*innen näher zu bringen und ihr eine größere Aufmerksamkeit zu verschaffen. Kommunalwahlen verzeichnen traditionell eine sehr geringe Wahlbeteiligung, dabei sind sie in einer Metropole wie Frankfurt sehr relevant. Volt Mainz hat es bereits vorgemacht und auf Eigeninitiative einen Mainz-O-Mat ins Leben gerufen: Dieser konnte den Bürger*innen in Mainz bei deren vergangener Oberbürgermeisterwahl als Entscheidungshilfe dienen. Auch der Frankfurter Jugendring machte vor der Kommunalwahl 2016 einen Anfang und brachte ein ähnliches Tool auf den Weg. Auch hier konnten die eigenen Positionen mit denen der zur Wahl antretenden Parteien verglichen werden. Wir von Volt Frankfurt fordern, mittels der Finanzierung durch die Stadt und in Kooperation mit lokalen politischen Bildungseinrichtungen einen **FFM-O-Mat für die Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt fest zu etablieren**.

Best Practice Beispiele

Reykjavik: Über die digitale Abstimmungsplattform „My Neighbourhood“ verteilen Reykjavíks Bürger*innen jedes Jahr drei Millionen Euro auf Projekte. Vorher kann jede*r Ideen einreichen, von denen die Stadt letztendlich 200 auswählt. Über die ausgewählten Themen wird dann final abgestimmt (Quelle). Die Beteiligung der Bürger*innen auf der Plattform ist sehr hoch und löst große Zufriedenheit aus: Für die Menschen ist es enorm motivierend, die umgesetzten Projekte in der Stadt sehen und erleben zu können. Die Plattform wird (...)

(...) vom Initiator als Open-Source-Software zur Verfügung gestellt und kann damit bereits kleine Orte bedienen. Wichtig für den Erfolg dieser Plattform sei es laut dem Initiator, dass es die Stadt mit der Beteiligung ernst meint und gewählte Projekte dann auch tatsächlich umgesetzt werden.

Irland: In Irland wurde von 2016 bis 2018 Bürger*innenversammlungen (Citizen Assemblies) abgehalten. Daran nahmen 99 zufällig ausgeloste Bürger*innen teil, die sich über bestimmte politische Themen berieten und anschließend Lösungen vorschlugen. Jede*r kam grundsätzlich für die Versammlung in Frage. Die ausgeloste Versammlung in Irland sollte so ein ungefähres Abbild der irischen Gesellschaft darstellen. Jede*r vertritt dann seine*ihre eigenen Positionen, wodurch in der Theorie ein gemeinsamer Wille entsteht. Den Bürger*innen standen außerdem Expert*innen und Wissenschaftler*innen zur Seite, die sie generell und zu Detailfragen informierten. Allen Teilnehmer*innen wurden relevante Kosten erstattet und geldliche Entschädigungen veranlasst, um jedem*jeder eine Teilnahme zu gewährleisten. Die Bürger*innenversammlungen haben in Irland zwei wichtige progressive Veränderungen eingeleitet: Die Versammlung gab Empfehlungen zu der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe und zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Beide Empfehlungen wurden zuerst vom Parlament übernommen und im weiteren Verlauf durch obligatorische Referenden bestätigt. Kaum jemand hielt diese liberalen Vorschläge ursprünglich für mehrheitsfähig – es zeigte sich, dass die Bevölkerung mutiger war als die Politik ([Quelle](#)).

Frankreich: Auch in Frankreich wurde bereits eine Bürger*innenversammlung abgehalten. Dabei ging es speziell um das Thema Klimaschutz. Diese Versammlung wurde unter anderem im Kontext der sogenannten Gelbwesten-Proteste initiiert: jene Protestbewegung, die Infolge einer Erhöhung der Steuer auf Benzinpreise folgte, also einer Klimaschutzmaßnahme. Sehr interessant war daher, dass die Empfehlungen der Versammlung durchaus radikalere Klimaschutzmaßnahmen beinhalteten, als eben die Steuererhöhung ([Quelle](#)).

Demokratiekonvent Frankfurt: Im vergangenen Jahr 2019 gab es bereits eine Bürger*innenversammlung in Frankfurt, welche von dem Verein 'mehr als wählen e.V.' ins Leben gerufen wurde. Die Versammlung beriet passend über das Thema Bürger*innenbeteiligung in Frankfurt. Es wurden sechs konkrete Projektideen in der Empfehlung dieses Gremiums formuliert, davon setzte die Stadt bereits drei zentrale Punkte um. Auch im Jahr 2021 soll eine Versammlung über das wichtige Thema Klimapolitik veranstaltet werden.

Mainz-O-Mat: Volt Mainz hat vor der Oberbürgermeisterwahl in Mainz am 27. Oktober 2019 einen eigenen "Mainz-O-Mat" entwickelt. Damit haben sie eine einfache, verständliche und zugängliche Möglichkeit geboten, um sich einen Überblick über die Kandidat*innen zu verschaffen. Alle Kandidat*innen konnten 30 Thesen mit „stimme zu“, „neutral“ oder „stimme nicht zu“ beantworten. Daraufhin wurden die Antworten in den Mainz-O-Mat eingestellt und mit einer Open-Source-Lösung öffentlich freigeschaltet.

Empowerment

Frankfurt zu einem Vorreiter bei der Bekämpfung von Rassismus¹ in unserer Gesellschaft machen.

Art. 21 der EU-Grundrechte-Charta verbietet Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der „Rasse“, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Trotz dieses starken europäischen Grundrechts beobachten wir die Zunahme von rechtsradikalen und rassistischen Tendenzen in Europa. Der grausame Anschlag in unserer Nachbarstadt Hanau führte uns das erneut schmerzlich vor Augen. Dieser steht im Zeichen einer Kette von rassistischen Übergriffen, Gewalttaten, Schmierereien und Beleidigungen. Auch in Frankfurt haben wir ein Rassismusproblem, darauf müssen antirassistische Institutionen, Aktivist*innen, Künstler*innen und Bewegungen leider schon seit Jahren aufmerksam machen. Wir unterstützen deshalb Initiativen wie die Initiative 19. Februar Hanau. Es fehlt uns an einer Strategie, um langfristig gegen systematischen

Rassismus vorzugehen. Zudem fehlt es uns an einer aktiven Erinnerungskultur über unsere koloniale Vergangenheit und darüber hinaus an einem gesellschaftlichen Bewusstsein über die heutigen postkolonialen Strukturen und Denkweisen.

Frankfurt sollte deshalb mit seiner langen demokratischen Tradition eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung von Rassismus einnehmen. Wir plädieren für eine umfassende Verwirklichung des **10-Punkte-Aktionsplanes der European Coalition of Cities against Racism (ECCAR)**. Darüber hinaus fordern wir darin eine aktive Beteiligung der Stadt, um das internationale Netzwerk, dem Frankfurt seit 2007 angehört, offensiv zu fördern. Dazu werden wir insbesondere auch unsere Partnerstädte motivieren. Weiterhin brauchen wir eine Bildungs- und Strukturoffensive für schulische und außerschulische Sozialarbeit sowie für politische Bildung. In unserer Vision eines vereinten Europas streben wir ausdrücklich nach der vollständigen Verwirklichung des europäischen Grundrechts aus Art. 21.

1. Antirassismus

Der Anti-Diskriminierungs-Ausschuss des Europarats hat Deutschland auf die Finger geklopft und fordert weitaus mehr Maßnahmen gegen Rassismus. Wir begrüßen diese Rüge, denn Rassismus stellt eine existenzielle Gefahr für unser gemeinschaftliches Zusammenleben in Europa dar. Es sollte aus unserer Sicht **mehr Aufklärungsarbeit** in sämtlichen gesellschaftlich-relevanten Institutionen wie Schulen, Universitäten, Unternehmen oder Vereinen geben.

Insbesondere **verpflichtende Kurse der Polizei** (Stadtpolizei) sollen fest im Aus- und Fortbildungs-Curriculum verankert werden, um Racial Profiling entgegenzuwirken. Beim Racial Profiling werden Menschen auf Grundlage von Stereotypen und äußerlichen Merkmalen als verdächtig eingestuft und überprüft, dies verstößt gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes. Zudem hat in Frankfurt die Hälfte der Bevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund oder wird migrantisch markiert und damit pauschal unter Generalverdacht gestellt. Dadurch trauen sich viele Opfer von diskriminierender oder rassistischer Gewalt häufig nicht zur Polizei. Auch wenn es deutliche Hinweise für ein extensives Racial Profiling gibt ([Quelle](#)), sind sich viele Polizeidienste und -vertreter*innen dessen nicht bewusst. Fälle wie der des „NSU 2.0“ sind Ausdruck struktureller Probleme im Polizeiapparat, die dringend aufgeklärt werden müssen. Die Sicherheitsbehörden müssen gegen jegliche Formen des Rassismus energischer vorgehen. Rassistische Aktionen und Äußerungen sind keine harmlosen Kavaliersdelikte, sondern erfüllen in den meisten Fällen den Tatbestand der Volksverhetzung.

Folgende zehn Punkte aus dem Plan des ECCAR fordern wir schnellstmöglich umzusetzen:

1. Es bedarf einer größeren Wachsamkeit der Stadt gegenüber Rassismus, um Opfer hinreichend zu schützen. Dafür fordern wir, in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft ein **Beobachtungs- und Solidaritätsnetzwerk zur Identifizierung rassistischer Handlungen** zu etablieren, sodass die zuständigen Behörden schnell auf rassistische Handlungen aufmerksam gemacht werden können. Sowohl Politik als auch Sicherheitsbehörden müssen entschlossen gegen rechte Strukturen vorgehen können, selbst wenn sich diese in den eigenen Reihen befinden.
2. Wir fordern, in allen Zuständigkeitsbereichen der Kommunen **Daten und Informationen über Rassismus und Diskriminierung** zu sammeln, um damit die Faktenlage deutlich zu verbessern. Hierfür regen wir eine Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen an, um die Daten und Informationen regelmäßig analysieren und eine Studie zur örtlichen Situation erstellen zu können.
3. Wir fordern eine bessere **Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung**. Dafür werden wir örtliche Einrichtungen, die rechtliche, emotionale und psychologische Unterstützung für Betroffene anbieten, unterstützen. Es kann nicht sein, dass das hessische Innenministerium der einzigen Beratungsstelle des Landes – Response –, die für sie nach dem Anschlag von Hanau zur Verfügung gestellten Bundesmittel vorenthält.
4. Wir möchten den regelmäßig stattfindenden städtischen Foren gegen Rassismus, die in Zusammenarbeit mit bestehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen stattfinden, eine **größere Öffentlichkeit** verschaffen.
5. Wir werden ein **Zertifizierungsverfahren für lokale Firmen, Geschäfte und Vereine** einrichten, die sich dem Antirassismus verschrieben haben und diesen in ihren Unternehmen auch durchsetzen. Damit soll außerdem eine Partnerschaft aufgebaut werden. Des Weiteren erwägen wir, mit dieser Partnerschaft eine wirtschaftliche Unterstützung diskriminierter Gemeinschaften zu initiieren.

6. Die Stadt verpflichtet sich weiterhin, als Arbeitgeberin und Dienstleisterin Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu gewährleisten und zu fördern.
7. Wir fordern **aktive Schritte** und eine Stärkung der Politik **gegen Wohnungsdiskriminierung** innerhalb der Stadt. Auf dem Arbeitsmarkt gibt es bereits anonymisierte Bewerbungsverfahren. Wir werden prüfen, ob sich dies auch auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt verwirklichen lässt. Daneben fördern wir gesetzliche Bestimmungen und Beratungsangebote von Antidiskriminierungsstellen gegen rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.
8. Wir streben eine Stärkung der Maßnahmen gegen Diskriminierung im Bildungsbereich an. Dafür ist es wichtig, **Bildungworkshops in allen Stufen und Klassen** der Schulen in Frankfurt möglich zu machen und auch Lehrmaterialien zur Verfügung zu stellen. Auch für Unternehmen und Vereine sollen Bildungworkshops im Rahmen des oben genannten Zertifizierungsverfahrens bezuschusst werden.
9. Wir fordern eine **regelmäßige Finanzierung von Kulturprojekten** und Begegnungsstätten, welche die Vielfalt der Stadt widerspiegeln.
10. Wir fordern einen **Mechanismus gegen Hasskriminalität**. Dafür benötigen wir eine behördenübergreifende Gruppe kompetenter Expert*innen, die aus der Vertretung von Organisationen besteht, die potentiell an solchen Konflikten beteiligt sind (Polizei, Bildungssektor, Jugendarbeiter*innen, Sozialarbeiter*innen, Wissenschaft, zivile Organisationen usw.). Diese Expert*innengruppe soll mit der Verantwortung für die lokale Koordination der Beratung und Analyse von bestimmten Konfliktsituationen betraut werden.

1.1 Unabhängige Meldestelle für die Stadtpolizei

Innerhalb der Polizeibehörden besteht ein strukturelles Problem: Kommt es zu Fällen von Racial Profiling, Rechtsextremismus oder Polizeigewalt, ermittelt immer die Polizei gegen die Polizei selbst. Insgesamt 98% aller Verfahren gegen die Polizei werden fallen gelassen, d.h. die Verfahren werden nicht einmal gerichtlich überprüft (Quelle) – dabei stellt eigentlich der Rechtsweg die Kontrollinstanz gegenüber der Polizei dar. **Um die Gewaltenkontrolle innerhalb unseres Rechtsstaates zu gewährleisten, fordern wir, eine unabhängige Meldestelle für die städtische Ordnungsbehörde (Stadtpolizei) zu schaffen**, welche dann mit diesen Verfahren betraut wird. Auch bei der Frankfurter Polizei bemühen wir uns um strukturelle Veränderungen, soweit uns diese gegenüber der Landesbehörde möglich sind. In Großbritannien wurde eine solche unabhängige Meldestelle für die Polizei bereits vor Jahren eingeführt und ist bereits fest etabliert (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen).

1.2 Starke Zivilgesellschaft

Es genügt nicht, alleine den staatlichen Stellen den Antirassismus zu überlassen. Freiheit und Menschenrechte sind nicht selbstverständlich, sondern müssen regelmäßig von der ganzen Gesellschaft verteidigt werden. Wir plädieren dafür, die Frankfurter*innen in allen gesellschaftlichen Bereichen zur Zivilcourage zu motivieren.

Unser Appell:

- Ob am Arbeitsplatz, in der U-Bahn oder in privater Runde – schaue nicht weg, wenn Mitbürger*innen beleidigt oder angegriffen werden. Positioniere dich gegen rassistische Äußerungen und Klischees.
- Spreche die betroffenen Personen ggf. an oder stehe ihnen bei. Wende dich bei Bedarf an die Beratungsstelle „Response“ der Bildungsstätte Anne Frank. Schreibe ein Gedächtnisprotokoll und fordere im schlimmsten Fall konkrete Hilfe an.
- Außerdem kannst du dich in den Schulen, die du oder deine Kinder besuchen, in deinen Freizeiteinrichtungen oder auf dem Arbeitsplatz dafür einsetzen, dass mehr präventive Programme und aufklärende Workshops gegen Rassismus angeboten werden.

1.3 Fazit Antirassismus

Allgemein geht es Volt Frankfurt darum, ein gesamt-gesellschaftliches Problem zu lösen und keine zusätzlichen Konfliktlinien aufzubauen. Rassistische Denkmuster müssen als ein umfassender Teil eines historischen Erbes begriffen werden. Dafür müssen alle Teile der Gesellschaft hinsichtlich Antirassismus sensibilisiert sein. Jeder muss bei sich selbst beginnen und offen reflektieren, an welcher Stelle man sich vielleicht schon einmal rassistisch verhalten hat, ob man gewisse Privilegien genießt und was man gegen rassistische Gesellschaftsstrukturen unternehmen kann. **Inbesondere als Proeuropäer*innen ist es ungemein wichtig, entschieden antirassistisch zu sein.** Der zentrale Gründungsgedanke der europäischen Einigung resultierte aus dem zweiten Weltkrieg und dem Holocaust, welcher von deutschen Nationalsozialist*innen begangen wurde. Sämtliche jüdischen Viertel, Gemeinden und der Großteil jüdischen Lebens wurden in Frankfurt mit dem Holocaust vernichtet. Zehntausende Menschen aus Frankfurt, auch Sinti und Roma, wurden ermordet oder in Konzentrationslager verschleppt und die Synagogen, Geschäfte und Wohnungen von Jüdinnen und Juden auf dramatische Weise zerstört. Nun wird es bald keine Zeitzeug*innen der NS-Zeit mehr geben. Diese Erinnerung und die Erkenntnis, dass etwas so Grauensvolles nie wieder passieren darf, muss der zentrale Baustein unserer europäischen Identität sein: Denn ein starkes vereintes Europa kann nur entstehen, wenn seine Bürger*innen solidarisch miteinander sind.

2. Antidiskriminierung

Das gleiche Engagement wie für Antirassismus gilt jeglichen Formen der Diskriminierung gegen Bevölkerungsgruppen oder Minderheiten in Frankfurt. Kein Mensch sollte im 21. Jahrhundert noch aufgrund des Geschlechts, der Sexualität, des Aussehens, der Herkunft, der

Identität, der Religion oder einer körperlichen/geistigen Behinderung zurückgelassen werden. **Jedem stehen dieselben Rechte und insbesondere die gleichen Chancen zu.** Das gilt im rechtlichen wie auch im gesellschaftlichen Sinne. Um unsere Vorstellung eines inklusiven Europas zu erreichen, fördern wir eine Gemeinschaft im Geiste der Gleichberechtigung. Wir setzen uns dafür ein, Menschen für jegliche Form von Diskriminierung zu sensibilisieren und unterrepräsentierte Menschen besser einzubinden. Wir glauben daran, dass dies am besten durch Bildung und Verständnis füreinander gelingt. Volt Frankfurt wird daher durch Informationsaustausch und Aufklärung daran arbeiten, dass unterschiedliche Religionen, Geschlechter und sexuelle Orientierungen von einer breiteren gesellschaftlichen Basis verstanden und akzeptiert werden. Volt Frankfurt fordert, dass Bewegungen, Menschen, Vereine und Initiativen, die sich für Gleichberechtigung und Toleranz in Frankfurt engagieren, durch die Stadt unterstützt werden.

Konkret fordern wir:

- die geschlechtliche Gleichstellung in allen öffentlichen Institutionen Frankfurts zu fördern.
- mittlere und große Unternehmen in Frankfurt zur Offenlegung und Berichterstattung in Sachen Gender-Balance zu motivieren (ggf. im Rahmen einer Kampagne oder eines Zertifizierungssystems, wie bei den Themen Nachhaltigkeit und Antirassismus).
- politische Bildungsarbeit zur Sensibilisierung für Themen betreffend Diskriminierung von LGBTIQ+ Menschen und Menschen mit einer Behinderung anzuwenden.
- grundsätzlich alle Politiken hinsichtlich ihrer Inklusivität/Exklusivität zu prüfen.
- sämtliche physischen Barrieren für Menschen mit einer körperlichen Behinderung zu beseitigen.

3. Postkolonialismus

Das ehemalige 'Deutsche Reich' verfügte bis vor dem Ersten Weltkrieg über Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent, in China und dem Pazifik. Das waren die Länder Tansania, Ruanda, Burundi, Namibia, Togo, Kamerun, Nauru, Samoa, Palau, die Marshallinseln, Neuguinea, Teile von Ghana, Mosambik und Botswana. Diese Tatsache ist in unserem Gedächtnis leider nur schwach verankert. Warum eigentlich? In der öffentlichen Erinnerung vieler früher kolonialisierter Territorien wird die Zeit der Fremdherrschaft dagegen als tiefe Zäsur empfunden: Millionen wurden ermordet oder verhungerten, Zwangsarbeit, Prügelstrafen und Vergewaltigungen waren Alltag im kolonialen Herrschaftssystem. Noch heute sind die Auswirkungen der Sklaverei, der 'Ausradierung' von Gesellschaftsordnungen, der Raub an Bodenschätzen oder die politischen Spannungen aufgrund willkürlicher Grenzziehungen zu spüren. Es handelt sich um ein zentrales, historisches Schlüsselereignis, dessen strukturelle Auswirkungen bis in die Gegenwart reichen. In den deutschen Schulbüchern steht darüber leider nur sehr wenig. **Jahrhunderte andauernde Ausbeutung** lassen sich jedoch nicht als ein bloßes historisches Phänomen relativieren.

Postkoloniale Kritik zielt nun darauf ab, eurozentrische Menschen- und Weltbilder, welche kulturelle Unterschiede hierarchisieren und Gesellschaften in fort- und rückschrittlich einteilen, kritisch zu hinterfragen. Gerade als Europäer*innen muss uns bewusst sein, wie widersprüchlich die europäische Geschichte ist und welche Verantwortung wir insbesondere gegenüber der Afrikanischen Union haben. Eine proeuropäische Einstellung darf nicht zu einer eurozentrischen Perspektive führen. **Wir fordern deshalb, dass auch Deutschland und Frankfurt sich mit ihrer kolonialen Vergangenheit auseinandersetzen.** Das Projekt „Frankfurt Postkolonial“ (mehr dazu bei unseren Best Practices) zeigt auf, dass auch in Frankfurt einige Kolonialwarenläden existierten, die rassistische Narrative weiter verbreiteten. Im Frankfurter Zoo fanden bis ins 20. Jahrhundert hinein sogenannte „Völkerschauen“ statt, bei denen Menschen aus außereuropäischen Ländern zur Schau gestellt wurden. Auch die Gründungsgeschichte der Deutschen Bank oder der kolonial-rassistischen Spitznamen „Klein Kamerun“ für das Stadtviertel Gallus bedürfen der kritischen Reflexion. **Projekte und Führungen, die auf diese Problematiken aufmerksam machen, werden wir finanziell unterstützen.** Wir fordern außerdem eine **Überprüfung sämtlicher Straßennamen und Bezeichnungen von Orten und Plätzen**, welche eine koloniale Vergangenheit haben. Stattdessen werden wir uns für Bezeichnungen, die im Zeichen von Antidiskriminierung stehen, stark machen und einen **Perspektivwechsel in Richtung der Opfer und Gegner des Kolonialismus vornehmen.**

4. Drogenpolitik

Mit dem „Frankfurter Weg“ seit Anfang der 90er Jahre konnte die Stadt die Zahl der Drogentoten drastisch senken (mehr dazu bei unseren Best Practices Beispielen). Wir finden den Ansatz hin zu einer Entkriminalisierung von Drogenkonsum richtig und sehr wichtig. **Volt Frankfurt fordert die Weiterentwicklung des „Frankfurter Wegs“, um auf die zwar verbesserte, aber noch immer komplizierte Situation innerhalb der Frankfurter Drogenszene zu reagieren.** Für die Probleme, die im Zusammenhang mit dem Drogenkonsum entstehen, muss es weiterhin einen einfachen Zugang zu Therapien geben. Des Weiteren unterstützen wir die Legalisierung von Cannabis. Hierzu regen wir ein Modellprojekt in Frankfurt mit der Unterstützung des Bundes an, wobei die legale und staatlich geprüfte Ausgabe von Cannabis-Produkten getestet werden soll. Frankfurt sollte sich insgesamt im Bereich der Drogenpolitik an den Erfahrungen anderer europäischer Städte, wie Zürich, Amsterdam und Lissabon, orientieren.

Im Bereich der Drogenkriminalität werden wir die Ressourcen in Prävention und „passive Polizeipräsenz“ investieren. Letzteres bedeutet in betroffenen Vierteln, wie dem Bahnhofsviertel, langfristig Polizist*innen und Sozialarbeiter*innen einzusetzen, welche ausdrücklich dazu angewiesen werden, nicht gegen Drogenkonsum vorzugehen, sondern präsent sind, um die Beschaffungskriminalität effektiv und effizient zu verhindern.

Best Practice Beispiele

Großbritannien: Wegen struktureller Probleme, wie Racial Profiling bei Personenkontrollen der Polizei, führte Großbritannien vor einigen Jahren Reformen im Bereich des Innern durch. Die Beschwerdestelle der Polizei (Police Complaints Authority - PCA) wurde durch die Unabhängige Beschwerdekommision der Polizei (Independent Police Complaints Commission - IPCC) ersetzt. So werden Beschwerden gegen Polizeibeamte nicht mehr von der Polizei selbst bearbeitet und untersucht. Es ist jedoch hinzuzufügen, dass auch Großbritannien das Rassismusproblem damit alleine nicht lösen konnte. Racial Profiling ist zwar verboten, es kommen jedoch immer noch einige Beschwerden von Betroffenen ([Quelle](#)).

Response Hessen: Response ist ein Beratungsangebot der Bildungsstätte Anne Frank für das Land Hessen. Hier werden Menschen unterstützt, die von rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer oder antimuslimischer Gewalt betroffen sind. Dadurch werden die Handlungsmöglichkeiten von Betroffenen deutlich gestärkt. Des Weiteren wird von dieser Beratungsstelle bemüht, rechte und rassistische Ereignisse im Rahmen von hessenschautin.de zu dokumentieren, um damit eine verbesserte Faktenlage zu schaffen. Die Bildungsstätte Anne Frank führt außerdem viele weitere sinnvolle Projekte im Sinne einer inklusiven Gesellschaft durch, sowohl in der Jugend- als auch in der Erwachsenenbildung.

Frankfurt Postkolonial: Die Initiative klärt im Rahmen von Stadtrundgängen über die noch heute bestehenden kolonialen Bezüge der Stadt Frankfurt auf. Seit 2011 spüren sie postkoloniale Orte auf, welche noch heute den Kolonialismus in der Gesellschaft manifestieren.

Portugal: Das Land hat im Jahre 2001 einen Mentalitätswandel in der Drogenpolitik vorgenommen. Drogensüchtige waren von nun an Patienten und keine Kriminellen. Der Besitz und der Konsum von Drogen wurde vollständig entkriminalisiert (nicht aber legalisiert). Mit den eingesparten Ressourcen bei den Sicherheitsbehörden finanziert der Staat therapeutische Maßnahmen und Einrichtungen. Mit Erfolg: Es gibt laut Statistiken der Regierung 85 Prozent weniger Tote durch Überdosen und 75 Prozent weniger registrierte Drogendelikte. Im europaweiten Vergleich hat Portugal zudem weniger konsumierende Jugendliche. Schweden ist aufgrund seiner restriktiven Drogenpolitik das Gegenstück. Statistiken der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht zeigen, dass die Anzahl von Todesfällen durch Überdosierung steil nach oben gehen und Schweden im Europäischen Vergleich schlecht da steht. ([Quelle 1](#), [Quelle 2](#))

Frankfurter Weg: Der "Frankfurter Weg" ist eine liberale Strategie der Drogenpolitik. Nachdem zwischen den 1980er und 1990er Jahren die Drogenszene außer Kontrolle geriet, wendete die Stadt diese neue Strategie erfolgreich an. Mit dem "Eastside" im Frankfurter Ostend wurde der erste Drogenkonsumraum Deutschlands eröffnet. Abhängige können hier unter Aufsicht mitgebrachte Drogen konsumieren. Das Zubehör wie saubere Spritzen und destilliertes Wasser bekommen sie gestellt. Später öffneten weitere (...)

(...) Drogenkonsumräume (auch "Druckräume" genannt). 2002 wurde sogar die kontrollierte Heroin-Abgabe eingeführt. Gemäß dem Schweizer Vorbild erhalten langjährig und schwerst Drogenabhängige auf Rezept und unter strenger ärztlicher Aufsicht Heroin vom Arzt. Tausende Abhängige nutzen die Drogenkonsumräume und die Zahl der Drogentoten konnte damit drastisch gesenkt werden.

¹ In unserer europäischen Mapping of Policies (in englischer Sprache) steht auf S. 93, dass wir neben dem widerlegten und menschenfeindlichen Begriff „race“ zukünftig **auch** auf die Begriffe „racism“ und „racial discrimination“ verzichten wollen. Beides aus demselben Grund, dass eine „race“ definitiv nicht existiert und wissenschaftlich nicht haltbar ist. Für den gleichzeitigen Verzicht auf die Begriffe „racism“ und „racial discrimination“ hingegen, welche das widerlegte Konzept eben nicht stützen, bestehen keinerlei wissenschaftliche Grundlagen in der Rassismusforschung. Deshalb haben wir weiterhin die Begriffe „Rassismus“ und „rassistisch“ verwendet. Darüber hinaus regen wir eine Änderung der MoP auf europäischer Ebene an.

Kultur

Mehr Freiräume für Kunst, Bildung und kritisches Denken.

Frankfurt als Europastadt ist geprägt von regionaler, nationaler und internationaler Vielfalt. Kunst fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer multikulturellen Gesellschaft. Sie schafft Verständigung und Verbundenheit. Kunst unterhält, bildet und regt zu kritischem Denken an. Sie mischt sich in gesellschaftliche Entwicklungen ein und ist damit ein unverzichtbarer Baustein für eine funktionierende

Demokratie. **Gerade in Zeiten populistischer Hochkonjunktur sind Kunst und Kultur von essenzieller Bedeutung für unsere europäische Identität und für den europäischen Zusammenhalt.** Wir als Volt Frankfurt sehen es als unsere Aufgabe an, auch in der kommunalen Kulturpolitik die kulturelle und intellektuelle Vielfalt zu stärken, zu schützen und Freiräume dafür zu schaffen.

1. Städtische Bühnen im Herzen der Stadt

Volt Frankfurt setzt sich dafür ein, dass die **Standorte des Schauspiels Frankfurt und der Oper auch weiterhin im Herzen der Stadt** verbleiben, um eine gute Anbindung zum Zentrum zu gewährleisten und die Entstehung einer Kulturachse zwischen Alter Oper, Oper und Schauspiel zu ermöglichen. Aus diesem Grund unterstützen wir Lösungen, die den Neubau des Schauspiels an der alten Stelle und den Neubau der Oper im Grüngürtel (Spiegellösung) oder auf dem ehemaligen Sparkassengelände an der neuen Mainzer Landstraße umsetzen wollen ([Quelle 1](#), [Quelle 2](#) und [Quelle 3](#)).

2. Infrastruktur für Kunst und Kultur

Stadtteil- und Zentralbibliotheken sind aufgrund ihres Bildungsauftrags von grundlegender Bedeutung für die Frankfurter Bürger*innen. Sie sind Foren für einen breiten kulturellen und wissenschaftlichen Informationsaustausch; unter anderem wird dort der dafür essentiell notwendige Umgang mit neuen Medien gelehrt. Volt Frankfurt fordert, diese **Infrastruktur zu stärken, zugänglicher zu machen und den europäischen Austausch über unterschiedliche Sprachangebote zu fördern.** Es gilt, die Diversität der freien Frankfurter Kulturszene zu bewahren und zu fördern. Ein Großteil der bestehenden Angebote ist durch die hohen Mieten und Immobilienpreise in Frankfurt schon immer unter Druck. Volt setzt sich dafür ein, den freien Frankfurter Künstler*innen durch effektivere Kulturpolitik – von der Stadt moderierte Zwischennutzungen nur als ein Beispiel – ihre Arbeits- und Lebensmöglichkeiten zu erhalten und weiter auszubauen. Städtische Austauschprogramme

auf europäischer Ebene sollen ausgebaut und weiterentwickelt werden (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen). Es müssen kulturelle Experimentierräume entstehen, die auch Synergien zwischen Ausbildungseinrichtungen, Wissenschaft und Kunst ermöglichen. Die Finanzierung solcher Projekte sollte auch europaweit erleichtert werden. Frankfurt ist schon lange als einer der attraktivsten multikulturellen Standorte bekannt. Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Frankfurt, als ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, hat dazu wesentlich beigetragen und sollte auch in Zukunft die internationale Strahlkraft der Stadt stärken.

3. Die Förderung des Kulturaustausches in Europa

Volt Frankfurt ist mehr als nur eine Partei. Als Teil von Volt Europa verstehen wir uns als **europäische Bewegung**. Dabei stehen wir im ständigen kulturellen Austausch mit anderen Städteteams in Europa (z.B. Volt Florenz). Diesen Austausch werden wir in Zukunft ausbauen und **gemeinsam mit anderen europäischen Städten kulturelle Aktivitäten** planen und gemeinsam kulturelle Forderungen politisch vertreten und durchsetzen (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen). Auch unterstützt Volt Frankfurt weitergehende Finanzierungen **transnationaler Kultur-Kooperationen**.

4. Covid-19-Hilfe

Die Ausnahmesituation durch Covid-19 legt das kulturelle Leben fast komplett lahm und bringt die Kulturschaffenden in finanzielle Existenznöte. Die Förderung von Bund, Ländern und Städten reichte jedoch häufig nicht aus und geht oft an den Notwendigkeiten der Kulturschaffenden vorbei: So wurden Pauschalbeträge einmalig zur Verfügung gestellt, um Liquiditätsgpässe zu überbrücken – Einnahmeausfälle aufgrund ausgefallener oder abgesagter Veranstaltungen und Aufträge akzeptierten die meisten staatlichen Kulturförderungen jedoch nicht als Fördergrund. Weitere Covid-19-Ausbrüche könnten zum Jahresbeginn 2021 die Kulturszene noch stärker in Bedrängnis bringen. Volt Frankfurt wird sich deshalb für eine **effektive und unbürokratische Lösung** stark machen, sollte es so weit kommen. Eine **zeitlich begrenzte Grundsicherung von 1.200 Euro** für Kulturschaffende soll es ihnen ermöglichen, ihre bisherigen Tätigkeiten weiter zu verfolgen, sich in der Krise abzusichern und auch für die Zukunft neu zu justieren. Damit soll die vorhandene Infrastruktur der freien Künstler*innen sicher durch die Krise geführt werden (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen).

Best Practice Beispiele

München und Baden-Württemberg: Die Corona-Soforthilfen von Bund und Ländern werden häufig als Pauschalbeträge einmalig zur Verfügung gestellt, jedoch meist auf das Bezahlen von Betriebskosten (wie Mieten oder Reisekosten) reduziert. Da viele freischaffende Künstler jedoch keine Betriebskosten und stattdessen durch abgesagte Veranstaltungen einen kompletten Lohnausfall haben, kommen diese Hilfen nicht bei den Kulturschaffenden an. München und Baden-Württemberg haben das Problem bereits erkannt und stellen den Kulturschaffenden einen privaten Lebensunterhalt in Höhe von 1.000 Euro oder 1.180 Euro pro Monat als temporäre Grundsicherung unbürokratisch zur Verfügung und verhindern somit ein Abrutschen der Betroffenen in die Grundsicherung (Hartz-IV) ([Quelle 1](#), [Quelle 2](#) und [Quelle 3](#)).

Städtepartnerschaften. Seit 1945 sind in Europa bis zu 20.000 Partnerschaften zwischen Städten entstanden, die den interkulturellen Austausch fördern. Städtepartnerschaften dienen als Instrument der Völkerverständigung und fördern des gegenseitigen Kennenlernen. Die Begegnungen schaffen ein Bewusstsein für die Lebensrealität im Partnerland und machen diese greifbar. Als Best Practice sind hier vor allem die französische-deutsche Städtepartnerschaften zu betonen. Was nach dem 1. und 2. Weltkrieg zur Aussöhnung mit einem früheren Kriegsgegner begann, machte letztlich aus 'Gegnern' Freunde und zu wichtigen Partnern bei dem Vorantreiben der europäischen Integration ([Quelle 1](#), [Quelle 2](#) und [Quelle 3](#)).

Bildung

Chancengleichheit und Lebenslanges Lernen

Wir sehen Frankfurt als moderne, Diversität fördernde und inklusive Stadt, in der sich alle Bürger*innen entfalten und ihr individuelles Potenzial entwickeln können sollen. **Wir werden ein vielfältiges, buntes Frankfurt schaffen und soziokulturelle Freiräume fördern, sodass jede Person ihren Platz in der Gesellschaft findet.** Dabei ist es wichtig, dass Bildungseinrichtungen über moderne und funktionsfähige Ausstattung verfügen. Die Volkshochschulen in Frankfurt stellen für uns einen zentralen Faktor beim lebenslangen Lernen dar. Hier

werden wir weiterhin ein breites Angebot unterstützen und dieses regelmäßig bewerben. Kinder sollen in den Kindertagesstätten ein vielfältiges Programm erleben: Sport und Bewegung, Musik und Kunst, Sprach- und Kulturvermittlung sowie Umwelt- und Gesundheitsthemen sollen die individuelle Entfaltung von Persönlichkeit und Potenzial ermöglichen und auf die Anforderungen des Alltags und der Gesellschaft vorbereiten. Wir setzen uns dafür ein, dass weiterhin für jedes Kind in einer Frankfurter Kita ein solches Programm gewährleistet wird.

1. Ausstattung der Schulen

Nicht nur in den Bereichen der öffentlichen Verwaltungen können wir von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren, sondern auch in den Verwaltungen der Unis und Schulen. Gerade in Anbetracht der digitalen Semester – bedingt durch die Corona-Krise – erscheinen smartere und digitale Lösungen in der Lehre sehr sinnvoll. Neben der Digitalisierung ist generell die Ausstattung und die Verfassung der Schul- und Universitätsgebäude ein wichtiger Aspekt, der in den Händen der Kommune liegt: Hier darf nicht gespart werden, denn **als Schulträgerin hat die Stadt die Aufgabe, für moderne und funktionale Gebäude zu sorgen.** In den Mensen der Bildungs- und Betreuungseinrichtung werden wir für eine nachhaltige und gesunde Ernährung sorgen und, wie bereits im Abschnitt „Umwelt“ erwähnt, die Direktvermarktung von regional hergestellten Lebensmitteln verbessern.

2. Europäische Schule Frankfurt

Europaweit gibt es 18 europäische Schulen, darunter auch eine in Frankfurt. Diese gelten als öffentlich-rechtliche Einrichtung des jeweiligen Nationalstaates. Die Schulen sind in bis zu 15 Sprachabteilungen gegliedert. Das Konzept der Europäischen Schulen wurde mit dem ursprünglichen Ziel ins Leben gerufen, Kinder von EU-Bediensteten, vom Kindergarten bis zum Abitur, in ihrer jeweiligen Muttersprache und gemäß ihrer nationalen Tradition zu erziehen. Es können sich aber auch Schüler*innen mit anderem Hintergrund bewerben, in den meisten Fällen jedoch nur, wenn die Schule noch ausreichende Kapazitäten hat.

Später lernen Kinder, ähnlich wie auf herkömmlichen Gymnasien, weitere Fremdsprachen dazu. In der Primarstufe in Frankfurt gibt es „Europäische Stunden“, die ganz in unserem Sinne dem interkulturellen Austausch dienen. Der Abschluss dieses Gymnasiums ist das Europäische Abitur, welches europaweit anerkannt wird und zur Zulassung an Hochschulen in jedem Land der EU berechtigt. Finanziert wird der Unterricht aus dem EU-Haushalt, für das entsprechende Gebäude allerdings muss das jeweilige Gastland sorgen. Für die Europäische Schule in Frankfurt regelt dies ein Abkommen aus dem Jahr 2000. Demnach ist die Stadt Frankfurt dazu verpflichtet, ein Grundstück bereit zu stellen, die Bauten darauf finanziert dann der Bund. Die Europäische Schule in Frankfurt ist inzwischen deutlich zu klein und die steigende Schüler*innenzahl erfordert einen größeren Raumbedarf ([Quelle](#)). **Den nächsten Schritt muss jetzt also die Stadt Frankfurt machen und ein geeignetes Grundstück für den Neubau der Europäischen Schule zur Verfügung stellen.** Steigern wir die Kapazitäten der Europäischen Schule, erhalten auch mehr Kinder, deren Eltern nicht bei EU-Institutionen tätig sind, die Chance, diese Schule zu besuchen.

Angesichts dieses integrativen Schulkonzeptes stellen wir uns die Frage, ob dies nicht generell ein sinnvoller Ansatz für Schulen wäre: Menschen verschiedener Sprachen lernen in einem Haus, mit dem Ziel, das Europäische Abitur abzulegen. Die Kinder lernen damit bereits in einem Alter viele Sprachen, in dem es ihnen noch besonders leicht fällt und entwickeln zudem eine europäische Identität. Freiheitliche Demokratie sowie europäische Integration als Friedens- und Zukunftsprojekt sind im Schulalltag zudem nur selten konkret erfahr- und erlebbar. Sie bleiben damit häufig eine abstrakte Idee, über die oftmals nur institutionelles Wissen vermittelt wird. Wir werden Schulen und Lehrende darin unterstützen, ihren Schüler*innen die Werte der freiheitliche Demokratie sowie Europa als Friedens- und Zukunftsprojekt in einem ganzheitlichen Bildungsansatz näher zu bringen (im Gegensatz zu einer reinen Wissensvermittlung). Dazu rufen wir Schulen auf, europäische Demokratie im Unterricht „erlebbar“ zu machen und bspw. geeignete Planspiele durchzuführen. Wir werden geeignete Projekte wo nötig finanziell und personell unterstützen. Bei Bedarf unterstützen wir auch bei der Suche nach geeigneten Referent*innen und Projektmitarbeiter*innen.

3. Beteiligung an der Gestaltung ihrer Schule

Schüler*innen verbringen den Großteil ihrer Zeit in der Schule. Um die Identifikation mit der Schule und die Selbstverwirklichung der Kinder zu fördern, ist es sinnvoll, ihnen Aufgaben und auch Verantwortungen zu geben, mit denen sie lernen und wachsen können. Neben klassischen Formen wie Schüler*innenvertretungen kann auch ein breiterer Teil der Schüler*innen durch Projekte wie einen selbst-verfügbaren Haushalt direkt einbezogen werden. In Berlin wurde beispielsweise der **Schüler*innen-Haushalt** an zahlreichen Schulen umgesetzt (mehr dazu bei unseren Best Practice Beispielen). Schüler*innen bestimmen hierbei in einem demokratischen Prozess über ein eigenes Budget und gestalten so gemeinsam ihre Schule. Sie lernen so unter anderem gleichzeitig Teamarbeit und Vernetzung. Wir wollen dieses Projekt auch im Rhein-Main-Gebiet etablieren und wollen entsprechende Förderungen durch die Stadt ins Leben rufen.

4. Entlastung der Rektor*innen

Wir werden die Arbeit der Rektor*innen und Konrektor*innen erleichtern und sie von zeitintensiven Verwaltungsaufgaben befreien. Wir unterstützen ausdrücklich Bildungsangebote für Lehrer*innen, die ihnen helfen, ihre Managementaufgaben besser selbst wahrzunehmen und die Schaffung einer größeren, aufgabengerechten Planstelle im Sekretariat („Campusmanagerin/Campusmanager“). Damit gewinnen Schulleiter*innen zusätzliche Zeit, um zum Beispiel den individuellen Weiterbildungsbedarf der Lehrenden zu ermitteln, die Qualität der pädagogischen Arbeit sicherzustellen und das pädagogische Konzept zu verbessern. Eine enge Zusammenarbeit mit Mitarbeiter*innen der Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit an Schulen ist hierbei sinnvoll.

5. Diversität und Inklusivität von Schulen

Themen der Antidiskriminierung müssen gerade im Bildungsbereich umfassend behandelt werden. Lehrer*innen sind sich gewisser Problematiken und Dynamiken oft nicht bewusst und könnten von Weiterbildungsangeboten stark profitieren. Kinder mit einem Migrationshintergrund werden einigen Studien zufolge bei gleichwertig erbrachter Leistung schlechter bewertet und langfristig benachteiligt ([Quelle](#)). Wir fordern, dass jedem Kind die selben Chancen eingeräumt werden. Damit gewinnen wir vernachlässigte Potenziale für die gesamte Stadtgesellschaft. Es ist außerdem wichtig, die Schüler*innen über die bloße Wissensvermittlung hinaus auf Themen der Antidiskriminierung zu sensibilisieren und sie zu eigenständigem, integrativem Handeln zu befähigen.

Daneben setzen wir uns dafür ein, dass Informationen über Bildungs- und Schulangebote mehrsprachig verfügbar sind. Die Bereitstellung von bildungsrelevanten Informationen in einer bedarfsgerechten und weltoffenen Art und Weise fördert nicht nur die Chancengleichheit, sondern erhöht auch die Attraktivität der Stadt als persönlicher Lebensraum und Wirtschaftsstandort.

Best Practice Beispiele

Schüler*innen-Haushalt: Schüler*innen können hier in einem demokratischen Prozess über ein eigenes Budget bestimmen und damit ihre Schule selbst mitgestalten. Berlin beispielsweise hat diese Maßnahme bereits an verschiedenen Schulen umgesetzt.

Schule ohne Rassismus. Schule mit Courage: Die Initiative vernetzt Schulen, die mit ihren Schüler*innen aktiv gegen Diskriminierung vorgehen. Dem Netzwerk gehören inzwischen deutschlandweit über 3000 Schulen an.

#VoteVolt

